

bonner perspektiven

September 2014

Magazin der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP)



BONNER AKADEMIE
FÜR FORSCHUNG UND LEHRE
PRAKTISCHER POLITIK

EUROPA! ABER WIE?



IMPRESSUM

bonner perspektiven

wird herausgegeben von Bodo Hombach,

Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP),
Heussallee 18-24, 53113 Bonn

Tel.: 0228/73-62990

Fax: 0228/73-62988

e-Mail: bapp@uni-bonn.de

www.bapp-bonn.de

Facebook: www.facebook.com/bapp.bonn

Twitter: www.twitter.com/BonnerAkademie

Redaktion

Dr. Boris Berger (V.i.S.d.P.), Marco Jelic, Felix Nöller, Michael Sabel,
Sonja Sauter, Hannes Wiethölter

Layout und Satz

stadtstranddesign - Franziska Harms, Tobias Kallmeyer

Druck

bonnprint.com GmbH

Recht

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik GmbH (BAPP) unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.



EUROPA!
ABER WIE?

INHALT

ANKÜNDIGUNGEN	6
EUROPA – WOHIN? EIN VORWORT VON BODO HOMBACH	11
EINE KLEINE GESCHICHTE VON EUROPAS ZUKUNFT VON JÜRGEN RÜTTGERS.....	14
EUROPAWAHL: „NEIN, DANKE“ VON MANFRED GÜLLNER	20
ZERSPLITTERT UND AUSGESCHLOSSEN: DIE RECHTSAUSSEN-PARTEIEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VON DANIELA KIETZ.....	24
„KRIEGSERKLÄRUNG“ ODER „KLEINE REVOLUTION“? WIE DIE BESTELLUNG DER JUNCKER-KOMMISSION DAS EU-REGIERUNGSSYSTEM VERÄNDERT VON FRANK DECKER	28
DAS RISIKO, NOCH MEHR EUROPA ZU WOLLEN VON ALFRED MERTA.....	34
REGIONALISIERUNG – KLINGT GUT, IST ABER SCHWIERIG VON WOLFGANG CLEMENT.....	38
REGIONALISIERUNG – CHANCEN FÜR EINE FRIEDLICHE ZUKUNFT VON KURT BECK.....	40
UK, UNGARN, TÜRKEI, UKRAINE – MÜSSEN WIRKLICH ALLE DABEI SEIN? VON PHILIPP MIßFELDER	46
SPIEL- ODER GESPRÄCHSPARTNER – DIE EU AUS SICHT DER USA VON JAMES D. BINDENAGEL.....	50
WIE SIEHT EIN SCHWYZER DIE EU? VON KARL REICHMUTH.....	56

EU UND UK: PERSPEKTIVEN EINES KOMPLEXEN VERHÄLTNISSSES
 VON DOMINIK GEPPERT60

DIE EU UND DAS PROBLEM DER RUSSISCHEN IMPERIALEN IDENTITÄTEN IN DER UKRAINE-KRISE
 VON JERZY MAĆKÓW64

DIE EU VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN: WIE HANDLUNGSFÄHIG IST SIE HEUTE?
 VON HANS-DIETER HEUMANN68

DRAGHI – EUROPAS WAHRER HERRSCHER
 VON FLORIAN HARTLEB72

DISKUSSIONSRUNDE ZUM THEMA
GENERALISTEN - SPEZIALISTEN FÜR ALLES?76

PODIUMSDISKUSSION
GROßPROJEKTE IN POLITIK UND WIRTSCHAFT – WIE WIRD AUS ‚GUT GEMEINT‘ AUCH ‚GUT GEMACHT‘?77

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG
MEHR DEMOKRATIE FÜR EUROPA?
DIE EU ZWISCHEN BÜROKRATISIERUNG UND BÜRGERNÄHE78

US-BOTSCHAFTER JOHN B. EMERSON ZU GAST IN DER BONNER AKADEMIE79

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG
DIMENSIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION – ZWISCHEN SEPARATISMUS, POPULISMUS UND REGIONALISMUS80

ZWEITES DEUTSCH-CHINESISCHES AKADEMISCHES FORUM81

NEUER FORSCHUNGSBEREICH DER BONNER AKADEMIE
STRATEGISCHE FRAGEN DER GLOBALISIERUNG: DIE HANDLUNGSFÄHIGKEIT EUROPAS UND DEUTSCHLANDS82

ANKÜNDIGUNGEN

DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN
DER BONNER AKADEMIE



10. September 2014

„Planlos, endlos, sinnlos? Großprojekte in der Akzeptanzkrise“ mit **Dr. Ing. e.h. Hartmut Mehdorn** (1), Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, **Christian Ahrendt** (2), Vizepräsident des Bundesrechnungshofs, **Prof. Dr. Michael Junker** (3), Managing Director der Accenture Deutschland GmbH, sowie **Lutz Liengkämper MdL** (4), Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion NRW sowie Staatsminister a.D. **Wolfgang Reuter** (5), Ressortleiter Unternehmen beim Handelsblatt, übernimmt die Moderation der Veranstaltung.



30. September 2014

„Euro-Krise, Ukraine-Konflikt, Anti-Europa-Parteien – Europas Handlungsfähigkeit vor neuen Herausforderungen“ mit **Michael Roth** (6), Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Botschafter James D. Bindenagel** (7), Inhaber der Henry-Kissinger-Proffessur für International Security and Governance, und **Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann** (8), Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik.

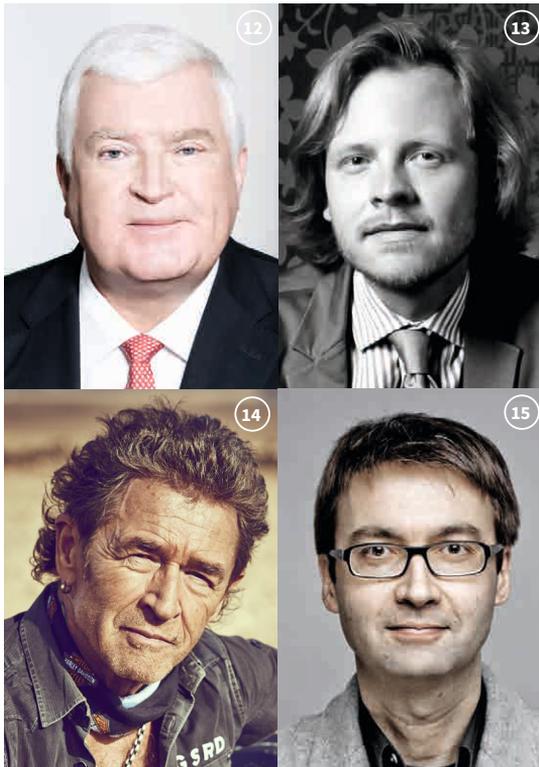


23. Oktober 2014

„Eine Renaissance der transatlantischen Beziehungen?“ mit **Dr. Markus Ederer** (9), Staatssekretär des Auswärtigen Amts, und **Botschafter James D. Bindenagel** (10), Inhaber der Henry-Kissinger-Proffessur für International Security and Governance. **Michael Krons** (11), leitender Redakteur bei Phoenix, übernimmt die Moderation der Veranstaltung.

ANKÜNDIGUNGEN

DIE NÄCHSTEN VERANSTALTUNGEN
DER BONNER AKADEMIE



19. November 2014

„Wie gerecht ist Gerechtigkeit?

Soziale Verantwortung zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ mit

Dr. Klaus Engel (12), Vorsitzender des Vorstandes der Evonik Industries AG, **Prof. Dr. Markus Gabriel** (13), Universität Bonn, und **Peter Maffay** (14), Rock- und Popmusiker sowie Gründer der Peter Maffay Stiftung. **Dr. Alexander Kissler** (15), Ressortleiter Salon beim Politmagazin Cicero.



27. November 2014

„Kooperation oder Konfrontation?

Das deutsch-russische Verhältnis vor neuen Herausforderungen“ mit **Jewgenij Schmagin** (16), Generalkonsul der Russischen Föderation, und **Philipp Mißfelder MdB** (17), außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands.

EUROPA! ***ABER WIE?***



EUROPA - WOHIN?

Ein Vorwort von Bodo Hombach

Die Wahlen zum EU-Parlament haben leicht erkennbar gezeigt: Das Projekt „Europa“ ist in die Jahre gekommen. Wie in einer persönlichen mid-life-crisis fragt sich auch der Kontinent: „Das soll’s gewesen sein?“ Die einstigen Blühträume welken. Der Schwung der „wild days“ lässt nach. Wachstumsgrenzen scheinen erreicht. Fester Glaube an die Machbarkeit der Verhältnisse

schwindet. Melancholie macht sich breit. Man hat den „cafard“, wie die Franzosen sagen. Wir nennen das „Katerstimmung“ und „Weltschmerz“.

Was ist da los? Wo liegen die Gründe? Sind sie real oder nur eingebildet? Hilft Ausstieg, eine politische Hormonbehandlung, oder besser „Erinnerung an die Zukunft?“

Europa war nie homogener Block, sondern immer Gleichung mit vielen Unbekannten. Es gibt Alt- und Neumitglieder, Nord- und Südstaaten, Reiche und Arme, West und Ost, Euro-Länder und andere. Enthusiasten plagen sich mit Skeptikern, Geber mit Empfängern, Freizügigkeit mit Territorialverhalten. Irgendwo gibt es auch noch Basken, Flamen, Schotten und Bayern. 28 Mitglieder mit ihren Träumen und Traumata sind ein kaum zu durchschauender Mix. Soziales Gefälle, ethnische Minderheiten links und rechts künstlicher Grenzen, mächtige Gruppen, die sich egoistisch bedienen legen immer wieder Spannungen an, die aus nichtigem Anlass zum Kurzschluss führen. In Brüssel – so präsentiert es sich – schlägt nicht etwa das Herz, sondern stampft eine bürokratische Maschine, die – anders als Rumpelstilzchen – das Gold einer wunderbaren Idee zum Stroh komplizierter Regelwerke drischt. In seiner bedeutenden Rede vor dem EU-Parlament beschrieb Jean-Claude Juncker das „29. Mitgliedsland“. Es sei das Land der Arbeitslosen, dem man eine Beitrittsperspektive geben müsse.

Die EU ist das größte Friedensprojekt der europäischen Geschichte. Es setzt nicht – wie frühere Versuche – auf imperiale Macht und Zentralismus, sondern auf versöhnte Verschiedenheit der Völker, auf das pragmatische Miteinander moderner Staaten. Die EU bietet einem Kontinent aus zänkischen Völkern die Chance, sich von uralten Erbfeindschaften zu befreien. Sie weicht die vom Na-

tionalismus verschärften Grenzen auf – zugunsten eines in sich vielgestaltigen, aber einzigen und einzigartigen Ensembles von Völkern und Regionen. Sie begreift sich als Großfamilie. Man schlägt sich nicht mehr die Türen ein. Die alltäglichen Konflikte werden am Runden Tisch zur Sprache gebracht, um Eskalation geduldig zu vermindern. Das ist unspektakulär, oft grau und langweilig, es hindert aber Scharfmacher, das Haus immer wieder aus nichtigem Anlass abzufackeln.

Merkwürdige Asymmetrien sind zu beobachten: Während sich bei den Gründungsmitgliedern Frust, Müdigkeit und Absetzbewegungen breit machen, drängen sich die jungen Demokratien im Osten und Südosten begeistert am Aufnahmeschalter. Mitgliedsländer, die sich an Oligarchen und Finanzspekulanten verkauft haben, beißen in die Hand, die sie retten will. Während der Nahe und Mittlere Osten im Chaos versinkt und der Kreml großrussische Rückwärtsträume zu füttern scheint, flüchtet sich Europa ins Kleinteilige und Konkrete. Während lebenswichtige Handelswege und Energieadern plötzlich wieder als Drohpotenziale erscheinen, steigern sich Unbequemlichkeiten neuer Erschließungen zum Glaubenskrieg.

Kürzlich veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung ihre Studie über „Nachhaltiges Regieren in der OECD und EU“. Dort heißt es: „Wachstum ist zwar nach wie vor nicht unwichtig, es darf sich

aber nicht von der Lebenswirklichkeit der Menschen abkoppeln, sondern es muss – im Sinne der Leitidee inklusiven Wachstums – möglichst alle Menschen erreichen und zu einer Steigerung individueller Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabechancen beitragen.“ Die Daten belegen: Das Ranking der Staaten ist nicht mehr nur „Mengenlehre“ des vorigen Jahrhunderts (BIP, Lohn-Stück-Kosten, Beschäftigungsindex oder Handelsbilanz), sondern ebenso sehr Zukunftsfähigkeit wie Nachhaltigkeit, Beteiligung, Transparenz.

Wo dies geschieht, ist die Zukunft der EU gesichert. Politiker, die hier ihre Hausaufgaben machen, weil sie ihr Ohr schon an Volkesstimme haben, wo diese noch flüstert und nicht schon schreit, müssen kein Referendum fürchten. Ein Europa mit Bulgarien und irgendwann vielleicht Bosnien-Herzegowina, aber ohne England, wäre nur noch ein Schatten seiner selbst.

Die Europäische Gemeinschaft ist kein Geschenkartikel, sondern Gebrauchsgegenstand. Sie ist kein Zustand, sondern ein Prozess. Ihr Kerngedanke war und ist noch immer „Stern am Himmel“.

Man kann ihn nicht wirklich erreichen, aber er bietet eine Orientierung in der Unübersichtlichkeit. Verantwortliche Politik löst sich von einer Welt, in der alte Männer an Landkarten spielen. Sie sucht den Ausgleich möglichst vieler Interessen. Also betrachtet sie Vielfalt nicht als Erblast, sondern als Reichtum. Arthur Schopenhauer definierte die Menschen als „frierende Stacheltiere“. Die Welt ist gefährlich und kalt. Also haben sie das Bestreben, möglichst nahe zusammenzurücken, um sich gegenseitig zu wärmen und zu schützen. Kommen sie sich dabei jedoch zu nahe, pieken die Stacheln, und sie fahren erschrocken wieder auseinander. Aber die Welt ist noch immer kalt und gefährlich. Die Wunden heilen. Die Erinnerungen verblassen. Also kommt man sich wieder näher. Der Zyklus beginnt von neuem.

Die vorliegende Ausgabe der „Bonner Perspektiven“ trägt eine Fülle von Daten, Thesen, Meinungen und Haltungen zusammen. Das löst noch kein Problem, aber es immunisiert gegen die Argumentationsarmut der öffentlichen Debatte. Ich wünsche ihr viele Leserinnen und Leser.

EINE KLEINE GESCHICHTE VON EUROPAS ZUKUNFT

von Jürgen Rüttgers

Als 1949 die Bundesrepublik Deutschland in Bonn am Rhein gegründet wurde, war Bismarcks Versuch, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen, nach zwei Weltkriegen und dem Holocaust gescheitert. Deutschland lag am Boden, ein Land geschlagen, besetzt und ohne Zukunft. 40 Jahre später wurden, aufgrund des demokratischen Neuanfangs im Westteil und der friedlichen Revolution im Ostteil, Deutschland und Europa wiedervereinigt. Freiheit und Demokratie hatten sich als stärker erwiesen als Unfreiheit und Diktatur. Heute, weitere 25 Jahre später, ist die Wiedervereinigung vollendet. Gleichzeitig ist das vereinte Europa, dem Deutschland den Wiederaufstieg zu verdanken hat, in Gefahr.

Statt neuem Aufbruch spürt man Ratlosigkeit, statt Mut zur Zukunft Angst und Wertevergessenheit, statt Gemeinsamkeit Renationalisierung.

Desintegration

Einer der Gründe für diese Desintegration liegt in der zu schnellen Erweiterung der Europäischen Union nach der Wiedervereinigung Europas 1989/1990. Die notwendige institutionelle Weiter-



Dr. Jürgen Rüttgers

ist Ministerpräsident a.D., Bundesminister a.D., arbeitet als Rechtsanwalt und lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bonn.

entwicklung blieb aus, der europäische Verfassungsvertrag blieb auf der Strecke. Die Verträge von Maastricht und Lissabon reichten nicht aus, das Problem zu lösen.

Der Prozess der Renationalisierung in Europa wurde stärker. Die Zahl von Rechts- und Linkspopulisten und radikalen Parteien im Europäischen Parlament nahm bei der Europawahl 2014 erheblich zu. Wieder einmal bewahrheitete sich die Erfahrung, dass die Angst vor demokratischer Partizipation zum Verlust von demokratischer Legitimation führt. Wer nicht um die Zustimmung des Volkes wirbt, hat schon verloren. Oder ist die Desintegration, wie

manche sagen, eine Folge der verfrühten Euro-Einführung, die zwangsläufig in eine Eurokrise habe führen müssen? (Mak 2012).

Oder liegt es daran, dass die neue Generation von Politikern kein historisches Bewusstsein mehr hat, kein „Grand Design“, kein „Narrativ“? Ist Politik nur noch postdemokratische Inszenierung? Da wird von einem neuen „lateinischen Reich“ fabuliert. Da kämpft man gegen die oktroyierte „Austeritätspolitik“, um dann gemeinsam festzustellen, dass die Maastricht-Kriterien für den Euro nicht aufgeweicht werden.

Der Euro zwingt zur Wahrheit

Währungen sind politische und ökonomische Instrumente. Das gilt auch für den Euro. Schon bei den Verhandlungen über die Wiedervereinigung spielte die dauerhafte Einbindung Deutschlands in Europa eine große Rolle. Zwar wurde in der Öffentlichkeit betont, es gäbe kein Junktim zwischen Einheit und Euro. Die Westintegration Deutschlands sollte aber durch die gemeinsame Währung unumkehrbar gemacht werden. (Wirsching 2012).

Frankreichs damaliger Präsident Mitterrand wollte zudem durch die gemeinsame Währung sicherstellen, dass Deutschlands „Atombombe“, die D-Mark, der alleinigen nationalen Verfügung Deutschlands entzogen würde. (Abelshauer 2004) Deutschland und Frankreich sollten auf gleicher Augen-

höhe, als deutsch-französischer Motor, Europa gestalten. Helmut Kohl kannte Mitterrands Motive und akzeptierte sie. Frankreich hat heute wie die anderen heutigen Krisenländer, seine ökonomische Freiheit an den internationalen Devisenmärkten verspielt. Statt im Zeit-

*„Eine spürbare Besserung
der wirtschaftlichen
Verhältnisse lässt auf sich
warten.“*

alter der Globalisierung die eigene Wirtschaftskraft durch Reformen zu stärken, wurden in vielen Euro-Mitgliedsländern immer mehr Schulden gemacht. Man lebte über die Verhältnisse.

Alte Gewohnheiten wie das politische Drehen an der Währungsschraube, waren im Zeitalter des Euro nicht mehr möglich. Mühsam wurden die Bankenunion und die Rettungsschirme vereinbart und durchgesetzt. Kredite der Europartner an die Krisenländer wurden mit harten Auflagen versehen. Brüssel, die EZB und der IWF setzten Sparmaßnahmen und Reformen gegen den Willen nationaler Regierungen und Parlamente durch. Die Schuldenkrise in den Krisenländern wurde zur Eurokrise, die Eurokrise zur Wirtschaftskrise. Eine spürbare Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse lässt auf sich warten. Eine gemeinsame Währung erfordert nämlich eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Legitimation durch Demokratie

Die Krise und die Krisenbekämpfung, die, so scheint es, für viele Menschen hart, aber für die Europäische Union erfolgreicher war, als mancher volkswirtschaftliche Purist zugeben will, hat letztlich zu „mehr Europa“ geführt.

Brüssel ist aber gleichzeitig für viele Bürger Europas zu einem Synonym für bürokratische Fremdbestimmung geworden. Obwohl für die Europäische Kommission weniger Mitarbeiter arbeiten als für die meisten deutschen Großstädte, gilt sie als abgehoben und undemokratisch. Dafür gibt es Gründe. Die Brüsseler Kommission ist zwar nach Art. 17 Abs. 6 des Vertrages von Lissabon dem Europäischen Parlament gegenüber verantwortlich. Das gilt aber nur für die Kommission als Ganzes.

Die Wahl des neuen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker war eine demokratische Revolution. Das europäische Parlament hat sich das Recht erkämpft, den Kommissionspräsidenten zu benennen und zu wählen wie jedes andere demokratische Parlament. Das geschah zum Unwillen vieler Mitglieder des Europäischen Rates, die dadurch Macht verloren haben.

Der Kommissionspräsident braucht zukünftig wie die Bundeskanzlerin eine parlamentarische Mehrheit. Dies ist auch richtig, da dem Europäischen Rat eine demokratische europäische

Legitimation fehlt. Die Mitglieder des Europäischen Rates haben „nur“ eine demokratische Legitimation ihres eigenen Landes. Die Europäische Union hat zukünftig ein vom europäischen Volk demokratisch gewähltes Parlament, eine demokratisch gewählte Kommission vergleichbar der deutschen Bundesregierung und einen Europäischen Rat als Vertreter der Mitgliedsländer.

Trotz dieses großen Fortschritts bei der Vertiefung der Integration muss Europa noch demokratischer werden. Die Gewaltenteilung muss ausgebaut werden. Die Mitglieder der Kommission müssen zukünftig dem Parlament gegenüber verantwortlich sein. Dieses braucht auch das Initiativrecht für Gesetzgebungsakte. Die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, die als demokratische Mindeststandards beim Beitritt zur EU von neuen Mitgliedern eingehalten werden müssen, müssen zukünftig auch vom Europäischen Gerichtshof bei den Mitgliedsländern im Hinblick auf die Übereinstimmung mit dem geltenden Grundrechtskatalog kontrolliert werden können.

Da die europäische Administration bisher den rechtlich geltenden Grundsatz der Subsidiarität nicht ausreichend berücksichtigt, sollte in einem Konvent eine Neujustierung des europäischen Rechts erfolgen.

Gleichzeitig muss die Europäische Kommission sich auf die Themen kon-

„Die Europäische Union ist aber nicht etwas Diffuses zwischen Staatenbund und Bundesstaat, sondern etwas ganz Neues.“

zentrieren, die auf europäischer Ebene gelöst und sichergestellt werden können. Dazu gehört eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Deren Notwendigkeit haben die Ukraine Krise und der Krimkrieg sowie der Balkankrieg gezeigt. (Winkler 2014) Die Besonderheit europäischer Außen- und Verteidigungspolitik muss darin liegen, dass sie demokratisch legitimiert ist und – neben der Einbindung möglichst vieler Streitkräfte in die NATO – ein besonderer Schwerpunkt die nicht-militärischen Mittel bei der Konfliktlösung (soft power) sind.

Im Rahmen der Vollendung des Binnenmarktes muss weiterhin eine gemeinsame Wirtschaftspolitik entwickelt werden. Dabei geht es um die Stärkung der Wachstumskräfte, aber auch um die Verhinderung von Währungskrisen.

Europas Zukunft

Je mehr Europa aus innerer Einsicht und durch äußeren Druck zusammenwächst, desto mehr stellen viele die Frage nach Europas Zukunft. Europa kann dieser Frage nicht ausweichen. Dazu sind die anstehenden Fragen zu existentiell: Der Klimawandel, der demografische Wandel, die Wissensgesellschaft, neue Migrationsströme, der Abbau der Schuldenberge, das Entstehen einer neuen multipolaren Weltordnung, das Vereinte Europa. All diese Projekte erfordern Entscheidungen, die über den normalen politischen Horizont hinausgehen. Viele Zukunftsbilder, die wir heute hören und lesen, geben keine Antwort auf diese Zukunftsfragen. Ihre Verfasser suchen die Zukunft in der Vergangenheit.

Weil das Bundesverfassungsgericht keine tragfähige Vorstellung vom Verhältnis der Europäischen Union zu seinen Mitgliedsländern hat, versucht es die Entwicklung von 50 Jahren europäischer Integration in alte staatsrechtliche Begriffe zu fassen. Da die EU aber offensichtlich weder ein „Staatenbund“ ist, noch nach Auffassung des Gerichtes ein „Bundesstaat“ werden darf, erfand man den Begriff „Staatenverbund“ (BVerfG 89, 155).

Die Europäische Union ist aber nicht etwas Diffuses zwischen Staatenbund und Bundesstaat, sondern etwas ganz Neues. Sie hat eigene Bürger, also einen

staatlichen Charakter. Jeder hat in der EU das europäische Bürgerrecht und seine Staatsbürgerschaft. Viele Europäer können eine doppelte Staatsbürgerschaft beantragen. Sie hat einen eigenen diplomatischen Dienst und kann völkerrechtlich bindende Verträge abschließen. Sie hat ein demokratisch gewähltes Parlament und in der Europäischen Kommission eine Regierung, die dem Parlament verantwortlich ist. Sie ist also eine Demokratie mit Gewaltenteilung.

Aber Europa wird kein Superstaat. Europa wird auch kein Nationalstaat. Auch die Mitgliedstaaten sind nämlich keine Nationalstaaten, weil in den meisten Mitgliedstaaten mehrere Nationen friedlich zusammenleben. Wir erleben in unseren Tagen die Trennung von Nation und Staat, wie sich im Mittelalter die Staaten und die Religionen getrennt haben. (Rüttgers 2014). Europas Nationen sind heute keine Staatsnationen mehr, sondern Willensnationen. Das Vereinte Europa hilft insoweit, die Nationen als Teil des gemeinsamen Erbes und der gemeinsamen Kultur zu erhalten. Zusammen können sie ihren gemeinsamen ‚way of life‘ vor der Gleichmacherei einer ökonomisch-technischen Globalisierung schützen, „die blind dem reinen Gewinn und Marktgesetzen gehorcht“. (von Barloewen 2014) Und deshalb haben sie auch eine soziale Marktwirtschaft, die eine freie Marktwirtschaft mit einem solidarischen Sozialstaat verbindet.

Europas Werte

Wir reden heute von europäischen Werten, um zu sagen, was uns Europäer ausmacht und zusammenhält. Diese Suche nach der europäischen Identität ist nicht der in der Geschichte häufig zu findende Versuch, Identität durch Abgrenzung, ja Feindschaft zu schaffen. Es ist das Gegenteil.

Es geht nicht um Vereinheitlichung, sondern um Vielfalt. Diese Vielfalt erfordert die Anerkennung der universellen Menschenrechte und der Bürgerrechte als Ausfluss der unveräußerlichen Rechte, deren Träger jede Person unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer sozialen Stellung, ihrer sexuellen Identität, ihrer kulturellen und politischen Ansichten ist. Die daraus folgende Vielfalt ist der Kern der europäischen Zivilisation des Individuums.

Diese Vielfalt macht das Leben in Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität möglich.



ABSCHLUSSPUBLIKATIONEN DER FORSCHUNGSPROJEKTE

www.bapp-bonn.de/publikationen/forschungsergebnisse



EUROPAWAHL: „NEIN, DANKE“

von Manfred Güllner

Bei der Europawahl am 25. Mai gab noch nicht einmal ein Viertel aller Wahlberechtigten (24 %) in der gesamten Europäischen Union die Stimme einer der beiden großen politischen Blöcke (EVP oder Sozialdemokraten). Fast drei Fünftel (57 %) aller Wahlberechtigten in der gesamten EU beteiligten sich gar nicht an der Wahl. Damit war die Zahl der Nichtwähler zweieinhalb Mal so groß wie die Zahl der Wähler der EVP und der Sozialdemokraten zusammen.

In Deutschland haben die meisten politischen Akteure und Kommentatoren der Wahl am Wahlabend und in den nachfolgenden Tagen dieses hohe Ausmaß der Wahlenthaltung weitgehend verdrängt. Manche freuten sich sogar über einen angeblichen Anstieg der Wahlbeteiligung in Deutschland. So äußerte sich beispielsweise Außenminister Frank-Walter Steinmeier in einem Interview mit der FAZ unter Hinweis auf die Höhe der Wahlbeteiligung in der Europäischen Union insgesamt: „Deshalb freue ich mich umso mehr, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland gestiegen ist.“



Prof. Manfred Güllner

ist Gründer und Geschäftsführer des Meinungsforschungsinstituts forsa sowie Professor für Publizistik und Kommunikationswissenschaft an der FU Berlin.

Doch der geringfügige Anstieg der Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Europawahl im Vergleich zur vorhergehenden im Jahr 2009 ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass 2014 in elf und nicht nur in sieben Bundesländern wie 2009 gleichzeitig mit der Europawahl auch Kommunalwahlen (bzw. in Berlin eine Volksabstimmung über die zukünftige Nutzung des Tempelhofer Feldes) stattfanden. Die bei der Europawahl 2014 im Vergleich zur Wahl 2009 um 2.9 Millionen angestiegene Zahl der Wähler ist weitgehend darauf zurückzuführen, dass in mehr Bundesländern lokale Wahlen mit der Europawahl ge-

koppelt waren. 2.1 Millionen der 2.9 Millionen „Mehr-Wähler“ nämlich kamen aus den vier Bundesländern (Hamburg, Berlin, Brandenburg und dem größten Bundesland Nordrhein-Westfalen), in denen anders als vor fünf Jahren auch lokale Entscheidungen anstanden. Und dort, wo lokale Abstimmungen anstanden, stand die Europawahl im Schatten dieser kommunalen Urnengänge und nicht – wie vor der Wahl von manchen dargestellt – umgekehrt, dass also die Kommunalwahlen im Schatten der Europawahl stattfinden würden.

Wie Untersuchungen vor der Wahl deutlich zeigten, war das Interesse der Wahlbürger an den lokalen Wahlen und daran, wer in der Gemeinde stärkste politische Kraft oder Bürgermeister wird, viel größer als das Interesse daran, wer in Brüssel Kommissionspräsident wird oder nicht. Im Gegensatz zum Wahlkampf zur Bundestagswahl, für den sich in der Endphase im September letzten Jahres fast 70 Prozent aller Bundesbürger interessierten, interessierten sich für den Europawahlkampf auch kurz vor dem Wahltermin nur rund 20 Prozent – nicht mehr als für das Endspiel in der Fußball-Champions-League.

Das Interesse am Europawahlkampf konnte auch nicht dadurch gesteigert werden, dass die Rechte des Europaparlaments gestärkt wurden. Für die meisten Bürger bleibt das Europäische Parlament auch 2014 ein weitgehend konturloses Gebilde. Und auch der Versuch, die Wahl durch die Fokussierung

auf die Person des zukünftigen Kommissionspräsidenten stärker als bisher zu personalisieren, zeigte wenig Wirkung. Selbst der voll auf die Person von Martin

„So aber dürfen sich die Parteien nicht wundern, wenn sie bei der Europawahl nur einen Bruchteil ihres eigentlichen Wählerpotentials mobilisieren konnten.“

Schulz abgestellte Wahlkampf der SPD führte nicht zu einem übergroßen Interesse an der Besetzung des Präsidenten der EU-Kommission oder der Wahl an sich, denn trotz der Anstrengungen der SPD wusste die große Mehrheit der Bundesbürger auch kurz vor der Wahl nicht, wer SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl ist. Entsprechend gering war auch das Interesse an den TV-Diskussionen zwischen Schulz und Juncker oder der anderen Kandidaten, während das Interesse an den TV-Duellen der Kanzlerkandidaten vor einer Bundestagswahl immer sehr hoch ist.

Aber nicht nur die Wahlbürger fanden dort, wo die Europawahl mit einer lokalen Wahl gekoppelt war, diese Wahlen vor Ort wichtiger als die Wahl zum Europäischen Parlament, sondern auch die Aktivisten der einzelnen Parteien konzentrierten sich in ihrem Wahlkampf auf die örtlichen Wahlen. Wenn aber die Parteien selbst die Europawahl

nicht recht ernst nehmen und in erster Linie für ihre lokalen Mandatsträger Wahlkampf machen – wie sollen dann die Bürger motiviert werden, sich stärker als bislang an einer Europawahl zu beteiligen? Solange man in Deutschland in der Mehrzahl der Bundesländer an dieser Kopplung zweier Wahlen von zwei aus Sicht der Bürger extrem unterschiedlichen Politikebenen – Kommune und Europa – festhält, wird kaum mehr Interesse für die europäische Politik entstehen.

So aber dürfen sich die Parteien nicht wundern, wenn sie bei der Europawahl nur einen Bruchteil ihres eigentlichen Wählerpotentials mobilisieren konnten. Im Vergleich zur Bundestagswahl im September erhielten alle Parteien – bis auf die AfD – bei der Europawahl viel weniger Stimmen. Die Union erhielt 7.8 Millionen Stimmen weniger (ein Rückgang im Vergleich zur Bundestagswahl von 43 Prozent), die FDP 1.1 Millionen (ein Minus von 59 Prozent), die Linke 1.6 Millionen (ein Rückgang von 43 Prozent) und die Grünen 556.000 Stimmen (ein Minus von 15 Prozent). Und auch die deutschen Sozialdemokraten, die am Wahlabend frohlockten „wieder da zu sein“ und noch bei keiner bundesweiten Wahl einen so großen Zuwachs an Prozentpunkten erhalten zu haben wie zwischen den Europawahlen 2009 und 2014 (ein Anstieg von 6,5 Prozentpunkten von 20,8 auf 27,3 Prozent) verdrängten wie so oft die eher triste Realität. Gewählt wurde die SPD nämlich nur von 13 von 100 Wahlberechtig-

„Das Interesse am Europawahlkampf konnte auch nicht dadurch gesteigert werden, dass die Rechte des Europaparlaments gestärkt wurden.“

ten. Und das war die drittschlechteste Wählermobilisierung der SPD bei einer bundesweiten Wahl seit 1949. Nur bei den Europawahlen 2004 und 2009 war die Mobilisierung der SPD noch schwächer. Doch bei allen anderen Wahlen seit 1949 konnte die SPD mehr Wähler mobilisieren als im Mai 2014. Und im Vergleich zum schon nicht sonderlich guten Ergebnis der Bundestagswahl vom September 2013 erhielt die SPD 3.2 Millionen Stimmen weniger. Viele der schon im letzten Herbst nicht allzu zahlreichen Wähler der Partei verweigerten also „ihrer“ Partei bei der Europawahl die Stimme.

Die einzige Partei, die im Mai 2014 nicht weniger Stimmen erhielt als im September letzten Jahres, war die AfD. Doch deren Anstieg von 4,7 auf 7,0 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen täuscht einen Wählerzuwachs vor, der

in Wirklichkeit nicht stattgefunden hat; denn absolut erhielt die AfD 2014 mit 2.065 Millionen nur ganze 8.000 Stimmen mehr als bei der Bundestagswahl (2.057 Millionen). Der Zuwachs auf der Basis der abgegebenen gültigen Stimmen trotz absolut gleicher Stimmenzahl kommt somit nur durch die bei der Europawahl im Vergleich zur Bundestagswahl deutlich geringere Wahlbeteiligung zustande.

So wie das Ergebnis der AfD in Deutschland wurde aber auch das Abschneiden der eurokritischen bzw. rechtsextremen Gruppierungen in anderen Ländern falsch eingeschätzt. Wie die AfD in Deutschland wurde auch der Front National in Frankreich oder die Anti-Europa-Partei in Großbritannien nur von einer kleinen Minderheit der Wahlberechtigten (10,1 Prozent in Frankreich; 9,0 Prozent in Großbritannien) gewählt. Doch die Zahl der Nichtwähler war in Frankreich mit 59 Prozent sechsmal stärker als der Front National. Und in Großbritannien gab es mit 66 Prozent gar siebenmal mehr Nichtwähler als Wähler der UKIP. Dieser hohe Anteil von Nichtwählern war also das Charakteristische auch dieser Europawahl und nicht die Minorität eurokritischer, rechtspopulistischer oder rechtsradikaler Wähler.

ZERSPLITTERT UND AUSGESCHLOSSEN: DIE RECHTSAUßEN-PARTEIEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

von Daniela Kietz

Marine Le Pen, Geert Wilders oder Janusz Korwin-Mikke – ihre Gesichter zierten nach den Europawahlen im Mai 2014 die Titelblätter der europäischen Presse. In einigen EU-Staaten hatten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien wie Le Pens Front National (FN) oder Korwin-Mikkés Kongress der Neuen Rechten beachtliche Wahlerfolge erzielt.¹ Diesem Erfolg zum Trotz werden die Rechtsaußen-Parteien kaum Einfluss auf das politische Geschäft im Europäischen Parlament (EP) nehmen. Dies hat drei wesentliche Ursachen: Das Rechtsaußen-Lager hat entgegen der öffentlichen Wahrnehmung nur in moderatem Umfang Mandate hinzugewonnen. Zudem ist es äußerst zersplittert und wird seitens der anderen Fraktionen aktiv von der Politikgestaltung ausgeschlossen – bis an die Grenzen des demokratiepolitisch Vertretbaren.

¹ Rechtsextreme und -populistische Parteien werden hier unter dem Begriff „Rechtsaußen“ zusammengefasst. Die Begriffe sind in Politik und Wissenschaft umstritten. Dieser Text folgt den Definitionen von Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, Cambridge 2007, weicht aber von seiner Einordnung der Parteien ab.



Daniela Kietz

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe EU-Integration der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Ein differenzierter Blick: Begrenzte Zuwächse für Rechtsaußen

Bei den jüngsten Europawahlen verbuchten einige Rechtsaußen-Parteien aufsehenerregende Erfolge. So wurden der FN, die UK Independence Party (UKIP) oder die Dänische Volkspartei stärkste Kraft in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten. Allein der FN entsendet dadurch 23 Abgeordnete ins neue EP. Andere Rechtsaußen-Parteien schafften erstmals den Sprung ins Parlament, so etwa die Schwedendemokraten oder die deutsche NPD.

Dennoch ist das gesamteuropäische Bild bei genauerer Betrachtung differenzierter. Gerade in Ost- und Südosteuropa stagnierten Rechtsaußen-Parteien oder verloren an Boden. So verfehlte beispielsweise die bulgarische ATAKA den Einzug ins EP. In anderen Mitgliedstaaten wiederum spielten Parteien dieser Couleur gar keine Rolle, wie etwa in Spanien. Insgesamt stieg die Zahl der Mandate für Rechtsaußen-Parteien von acht Prozent in der letzten Wahlperiode

„Der gemeinsame Nenner der fremdenfeindlichen bis offen rassistischen Parteien beschränkt sich im Wesentlichen auf zwei Punkte.“

(57 von 766) auf elf Prozent der Sitze (81 von 751) im neuen EP. Schon rein numerisch ist der Einfluss dieses Lagers also sehr begrenzt.

Abgrenzung und Zersplitterung statt Kooperation

Zudem gestaltet sich die Zusammenarbeit von rechtsextremen und rechts-populistischen Parteien traditionell schwierig. Der rechte Rand des EP ist ein Sammelbecken von Parteien mit sehr diversen politischen und kulturellen Wurzeln. Der gemeinsame Nenner der fremdenfeindlichen bis offen rassistischen Parteien beschränkt sich im Wesentlichen auf zwei Punkte: Eine scharfe Anti-Einwanderungspolitik und

eine zunehmend radikalere Ablehnung des EU-Integrationsprozesses. Viele werben für eine weitgehende Rückkehr ins Nationale und werden treffender als EU-Gegner denn Kritiker bezeichnet. Zu ihren Forderungen gehören die Abschaffung der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU und des Euro, die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen sowie die Rückführung von Kompetenzen an den Nationalstaat bis hin zur Auflösung der EU. Aber auch hier gibt es bei genauerem Hinsehen Unterschiede. Mehr noch als ideologische Unterschiede führt aber die Angst vor Stigmatisierung zur Abgrenzung zwischen den Parteien. Grob vereinfachend lassen sich zwei Pole unterscheiden, zwischen denen sich diese bewegen. An einem Ende finden sich traditionelle, neofaschistische Rechte wie Jobbik oder die NPD, am anderen Ende Vertreter der modernen und zumindest rhetorisch gemäßigten Rechten wie die niederländische Freiheitspartei von Geert Wilders. Diese sind darum bemüht, sich vom historischen Faschismus, insbesondere vom Antisemitismus, zu distanzieren, oder versuchen wie der Front National ihr radikales Gewand abzustreifen, um salon- und koalitionsfähig zu werden. Programmatisch breiter und ideologisch flexibler, zeichnet die Parteien ein dezidiert populistischer Politikstil aus. Gerade in Zeiten des rasanten gesellschaftlichen Wandels stilisieren sie sich erfolgreich als wahre Volksversther in Abgrenzung zu einem abgehobenen politischen Establishment.

Anhaltende Instabilität statt gemeinsamer Fraktion

Parteien können nur dann Einfluss im EP ausüben, wenn sie sich in Fraktionen organisieren. Die Gründung einer Fraktion setzt mindestens 25 Abgeordnete aus sieben EU-Staaten voraus. Parlamentsinterne Ämter, finanzielle Zuwendungen und Redezeiten im Plenum – all diese Ressourcen sind direkt an den Fraktionsstatus geknüpft. Je kohärenter die Fraktionsmitglieder votieren, desto größer ist zudem ihr Einfluss auf die Abstimmungen im Parlament. Fraktionslose Abgeordnete sind weitgehend vom Geschäft ausgeschlossen.

Trotz dieser umfassenden Anreize, an einem Strang zu ziehen, brach nach den Wahlen ein harter Konkurrenzkampf zwischen den Rechtsaußen-Parteien aus. Ein gemeinsames Vorgehen wurde nicht ins Auge gefasst. Einige Parteien schlossen sich unter der Führung des UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage im „Europa der Freiheit und Direkten Demokratie“ (EFDD) zusammen. Das Bündnis ist jedoch wenig stabil, bereits der Austritt einer Partei zöge seine Auflösung nach sich. Mit 48 Abgeordneten ist es die kleinste und politische heterogenste Fraktion – und stellt ein reines Zweckbündnis zur Sicherung von Ressourcen dar. In der Tat kann man kaum von einer Rechtsaußen-Fraktion sprechen, denn neben UKIP wird die Fraktion numerisch von Beppe Grillos Movimento di 5 Stelle getragen, das ideologisch im grünen und linken Lager verortet

„Das medial besonders beachtete Bündnis zwischen Marine Le Pen und Geert Wilders wiederum scheiterte gänzlich an der Fraktionsgründung.“

ist. Auch andere Mitglieder sind nicht dem Rechtsaußen-Spektrum zuzuordnen. Zank und Instabilität sind also von Anfang an angelegt, Fraktionsdisziplin und ein kohärentes Stimmverhalten nicht zu erwarten.

Andere Rechtsaußen-Parteien hingegen, wie die Dänische Volkspartei, schlossen sich den EU-kritischen „Europäischen Konservativen und Reformisten“ an. Auch dadurch rückt diese Fraktion in der neuen Legislatur gesellschafts- und europapolitisch deutlich weiter nach rechts und entfernt sich vom politischen Mainstream. Das medial besonders beachtete Bündnis zwischen Marine Le Pen und Geert Wilders wiederum scheiterte gänzlich an der Fraktionsgründung. Bis auf FPÖ, Lega Nord und Vlaams Belang fanden sich keine Bündnispartner. Eine Zusammenarbeit mit neofaschistischen

Parteien wurde kategorisch abgelehnt. Die knapp 50 Abgeordneten all dieser Parteien werden bis auf weiteres fraktionslos bleiben.

Aktive Ausgrenzung: Der Cordon Sanitaire wirkt fort

Zur hausgemachten Bedeutungslosigkeit der Rechtsaußen-Parteien im EP tritt eine aktive Isolation durch die anderen, pro-europäischen Fraktionen. Da ihre Positionen als radikal und politisch nicht legitim erachtet werden, wird die EFDD gezielt vom politischen Geschäft ausgeschlossen und auch bei der Vergabe von Ämtern und Spitzenposten übergangen. Obwohl diese proportional nach Fraktionsgröße vergeben werden sollen, wurden EFDD-Kandidaten bei der Wahl der Ausschussvorsitzenden oder Vizepräsidenten wiederholt abgelehnt. Schon in früheren Wahlperioden kam dieser so genannte „Cordon Sanitaire“, der Sicherheitsgürtel, zum Einsatz, um den rechten Rand ausgrenzen.

Diese Ausgrenzungsstrategie wird jedoch kaum die erwünschte Wirkung erzielen. Vielmehr spielt sie den EU-Geg-

nern direkt in die Hände, die sich in ihrer Kritik bestätigt fühlen. In dem Bestreben, die Opposition kaltzustellen, zeige eine abgehobene EU-Elite ihr „wahres und undemokratisches Gesicht“, ließ Nigel Farage medienwirksam mitteilen. Schmerzen tut ihn und andere EU-Gegner die Isolation nicht, denn tatsächlich haben sie keinerlei Ambitionen, im EP Politik zu gestalten. Das EP ist lediglich eine legitimierende Bühne, von der aus sie ihre Botschaften in die Mitgliedstaaten tragen – denn dort entfalten Parteien wie UKIP oder der FN ihren wirklichen Einfluss. Gerade in der nationalen Politik zeigt sich jedoch häufig, dass der Schlüssel zur Entzauberung rechtspopulistischer Parteien nicht in ihrer Ausgrenzung liegt, sondern darin, ihren Positionen im politischen Schlagabtausch eine überzeugende Alternative entgegenzusetzen. Mindestens genauso schwer aber wiegt, dass die Isolation der Rechtsaußen-Parteien im EP parlamentarische Minderheitsrechte demokratisch gewählter Volksvertreter infrage stellt. Gerade die anderen kleinen Fraktionen im EP sollten sich die Frage stellen, ob ihre Unterwanderung langfristig wirklich klug ist.

„KRIEGSERKLÄRUNG“ ODER „KLEINE REVOLUTION“? WIE DIE BESTELLUNG DER JUNCKER-KOMMISSION DAS EU-REGIERUNGSSYSTEM VERÄNDERT

von Frank Decker

Die achten Direktwahlen zum Europäischen Parlament, die zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 stattfanden, markieren in der institutionellen Entwicklung der europäischen Politik eine wichtige Zäsur. Denn nachdem die großen Parteienfamilien zum ersten Male bereit waren, mit EU-weiten Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten anzutreten, ist es dem Europäischen Parlament gelungen, dem Europäischen Rat das Bestellungsrecht der europäischen Exekutivspitze faktisch zu entwenden. Damit wurde eine Verfassungspraxis etabliert, hinter der die Union auch bei künftigen Wahlen kaum mehr zurückfallen dürfte – selbst wenn einige Mitglieder des Europäischen Rates (wie Kanzlerin Angela Merkel) das heute noch nicht wahrhaben wollen.

Wie epochal der Vorgang ist, lässt sich daran ablesen, dass er von den einen als „Kriegserklärung“ des Parlaments (Merkel) und von anderen als „kleine Revolution“ bezeichnet wurde (so der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, Gianni Pittella). In Wahrheit handelt es sich eher um eine „Selbstermächtigung“. Mit ihr schreibt das Parlament den kon-



Prof. Dr. Frank Decker

ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.

tinuierlichen Machtzuwachs fort, den es im Verhältnis zu Rat und Kommission in der Vergangenheit erfahren hat. Dieser Machtzuwachs ist gemeint, wenn von der „Parlamentarisierung“ des EU-Regierungssystems gesprochen wird. Er lässt sich zum einen an den legislativen Kompetenzen festmachen, die das EP in weiten Teilen zum gleichberechtigten Gesetzgeber gemacht haben, zum anderen an seinen Mitwirkungsrechten bei der Bestellung der Kommission.

Mit der Vorabfestlegung auf die Spitzenkandidaten haben Rat und Parlament ihre Rollen bei der Bestellung jetzt getauscht. Die bisherige förmliche Wahl des Kommissionspräsidenten durch

das Parlament wird zur faktischen Wahlaufgewertet, während die bisherige faktische Nominierung durch den Rat auf ein förmliches Vorschlagsrecht absinkt. Befürworter dieser Entwicklung weisen darauf hin, dass sich die Emanzipation der Parlamente in den nationalen Demokratien Europas historisch ähnlich vollzogen habe und das förmliche Vorschlags- oder Ernennungsrecht des Regierungschefs dort bis heute bei den jeweiligen Staatsoberhäuptern liege. Im Unterschied zu den Präsidenten und Monarchen in den nationalstaatlichen Demokratien bleiben die Staats- und Regierungschefs der EU bei der faktischen Bestellung aber nicht ganz außen vor, da sie als Vorsitzende der großen nationalen Parteien an der Nominierung der gemeinsamen europäischen Kandidaten unmittelbar beteiligt sind.

Heißt das nun, dass die EU mit den Europawahlen einen weiteren, vielleicht sogar den entscheidenden Schritt hin zu einer parlamentarischen Demokratie gemacht hat? Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, zwischen der *Demokratisierung* und *Parlamentarisierung* des Regierungssystems zu unterscheiden. Demokratie bedeutet, dass die Bürger eines Staates bzw. politischen Systems die Möglichkeit haben (müssen), in Wahlen über das Regierungspersonal und die Grundrichtung der Regierungspolitik zu entscheiden. Unter Parlamentarismus versteht man, dass ein gewähltes Parlament im Rahmen einer gewaltenteiligen Struktur über substantielle (Mit)Regierungs-

befugnisse verfügt. Diese Befugnisse umfassen in jedem Falle die Gesetzgebung, sie können – müssen aber nicht zwingend – auch das Recht umfassen, die Regierung zu bestellen und abzuberufen. Im ersten Fall liegt ein *präsidentielles*, im zweiten ein *parlamentarisches* Regierungssystem vor. Zu beantworten sind demnach zwei Fragen: Ist die europäische Politik durch den Übergang der Bestellfunktion vom Europäischen Rat auf das Europäische Parlament demokratischer geworden? Und hat sie sich institutionell in Richtung der parlamentarischen Regierungsform weiterentwickelt?

1.

Was die demokratische Qualität der europäischen Politik angeht, zeigt ein nüchterner Blick auf die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen, dass der stetige Kompetenzzuwachs des Parlaments nicht zu einem gleichlautenden Legitimationszuwachs der supranationalen Institutionen geführt hat. Betrug die Beteiligung bei der ersten Direktwahl 1979 immerhin 62 Prozent, so ist sie anschließend von Wahl zu Wahl bis auf 43 Prozent (2009) zurückgegangen. Die Erwartung, dass durch die Aufstellung EU-weiter Spitzenkandidaten 2014 ein Mobilisierungsschub eintreten und die Wahlbeteiligung ansteigen würde, wurde enttäuscht; der Wert blieb mit 43,1 Prozent nahezu unverändert. Dass er nicht noch weiter absank, lag vor allem an der Eurokrise, mit der die europäischen Themen bei dieser Wahl

diesmal mehr in den Vordergrund rückten. Die Spitzenkandidaten spielten demgegenüber in den wie gehabt stark national geprägten Wahlkämpfen praktisch keine Rolle. Die einzige Ausnahme – wegen der Personalie Martin Schulz – war Deutschland. Eine nennenswerte Mobilisierung ging von dessen „Duell“ mit Jean-Claude Juncker allerdings auch hier nicht aus: Die im Vergleich zu 2009 um fünf Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung dürfte größtenteils darauf zurückzuführen gewesen sein, dass in mehreren Bundesländern zeitgleich Kommunalwahlen stattfanden.

Die geringe Attraktivität der Europawahlen hängt mit der Konfliktstruktur der europäischen Politik zusammen. So wie bei früheren Wahlen verliefen die Trennlinien auch bei dieser Wahl in erster Linie zwischen den pro- und anti-europäischen Kräften, und nicht zwischen „links“ und „rechts“. Unter dem Druck der rechtspopulistischen Euroskeptiker waren die beiden großen Parteienfamilien sogar gezwungen, politisch noch enger zusammenzurücken. Weil die beiden Spitzenkandidaten keine grundsätzliche Alternative be-reithielten und unterschiedliche Positionen nur in Nuancen sichtbar machten, stand in den Augen des Publikums bei der Wahl zu wenig auf dem Spiel. Der fehlende Charakter einer Richtungsentscheidung verweist dabei zugleich auf das generelle Problem der Zuständigkeitsverteilung zwischen europäischer und nationaler Ebene. Einerseits bleiben Bereiche wie die Sozial-, Steuer-

„Die geringe Attraktivität der Europawahlen hängt mit der Konfliktstruktur der europäischen Politik zusammen.“

oder Energiepolitik, die aufgrund ihrer Legitimationswirkung für den Parteienwettbewerb besonders geeignet wären, eine Domäne der Mitgliedsstaaten, andererseits entzieht die EU auch ihre eigenen Zuständigkeiten (bei der Schaffung des gemeinsamen Marktes) dem politischen Wettstreit, indem deren Inhalte in den europäischen Verträgen bis ins Detail festgelegt sind. Die daraus resultierende Verselbstständigung der exekutiven und judikativen Organe der Gemeinschaft beschreibt nach Ansicht von Kritikern den eigentlichen Kern des EU-Demokratiedefizits.

2.

Auch die zweite Frage lässt sich nur bedingt bejahen. Die Bestellung des Kommissionspräsidenten durch das Parlament ist noch nicht gleichbedeutend mit der Etablierung eines par-

lamentarischen Regierungssystem. Ein solches läge erst vor, wenn die Kommission in ihrer Amtsführung und ihrem Bestand dauerhaft auf die Unterstützung der sie bestellenden Parlamentsmehrheit angewiesen wäre, was institutionell durch die Möglichkeit der Abberufung (in Gestalt eines Misstrauensvotums) verbürgt wird. In der EU ist dieses Merkmal nicht erfüllt. Art. 17 Abs. 8 EUV bestimmt zwar, dass die Kommission „als Kollegium dem Europäischen Parlament verantwortlich (ist)“. Weil die Abwahl der Kommission eine Zweidrittelmehrheit im Parlament voraussetzt, handelt es sich dabei aber um keine politische Verantwortlichkeit im engeren Sinne. So wie das Impeachment im präsidentiellen System ist das Misstrauensvotum gegen die Kommission in erster Linie als Vorkehrung gegen Rechtsverstöße oder sonstige Pflichtverletzungen gedacht. Auch die Absetzung einzelner Kommissare kann laut Art. 245 AEUV nur durch Beschluss des Europäischen Gerichtshofs (auf Antrag des Rates oder der Kommission) erfolgen. Der „abweichende“ Charakter des Misstrauensvotums erklärt zugleich, warum es im Regierungssystem der EU keine Möglichkeit der vorzeitigen Parlamentsauflösung gibt. Beides sind im „normalen“ parlamentarischen System Seiten derselben Medaille. Wenn die Regierung ihre Mehrheit im Parlament verliert, muss ja Vorsorge getroffen werden, dass eine neue Mehrheit entsteht. Auch in dieser Hinsicht ähnelt die EU folglich eher der präsidentiellen Regierungsform.

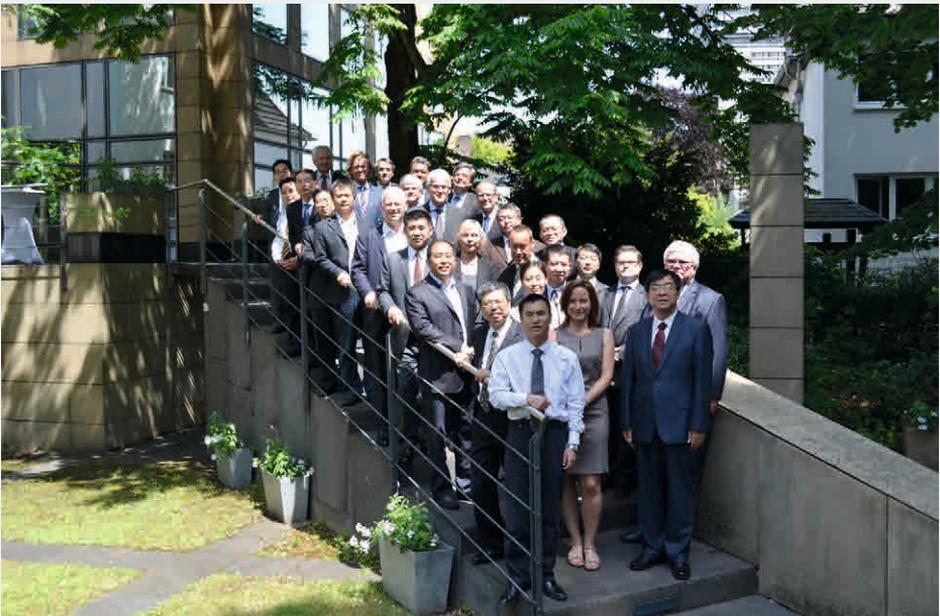
Die Affinität spiegelt sich in der Funktionsweise ihres Parlamentarismus wider. An die Stelle eines festgefügt Dualismus von regierungstragender Mehrheit und Opposition treten im EP unterschiedliche legislative Abstimmungscoalitionen. Auch in den Fraktionen ist die Geschlossenheit geringer ausgeprägt, als es die Parlamentarier von ihren nationalen Regierungssystemen her gewohnt sind. Die meisten von ihnen empfinden die Arbeit im EU-Parlament deshalb als wohltuend. Im normalen parlamentarischen System erleiden die Abgeordneten das Schicksal, dass sie entweder – wenn sie zur Opposition gehören – nicht regieren können oder – wenn sie Teil des Regierungslagers sind – nicht regieren dürfen. In der EU hat sich das Parlament dagegen gerade durch seine relative Unabhängigkeit von der Kommission ein erhebliches Maß an eigener Gestaltungsmacht bewahrt. Diese würde es in einem System, das auf dem Gegenüber von Regierung und Opposition basiert, zwangsläufig einbüßen. Zudem ist fraglich, ob ein solches Gegenüber ohne ideologisch und organisatorisch gefestigte Parteien – die es auf EU-Ebene bislang nicht gibt – überhaupt funktionieren kann.

Die Alternative wäre eine Fortentwicklung des Systems auf dem präsidentiellen Pfad. Anstelle des Parlaments (und/oder des Europäischen Rates) erhielten die Bürger das Recht, den Kommissionspräsidenten direkt zu wählen. Ein solcher Reformansatz wäre nicht nur in-

stitutionell schlanker als das parlamentarische Modell, da er weder Veränderungen beim Misstrauensvotum noch die Einführung eines Auflösungsrechts nach sich zöge; er würde auch geringere Anforderungen an eine Europäisierung des Parteiensystems stellen. In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion findet der Vorschlag inzwischen immer mehr Befürworter; die CDU hat ihn auf Drängen von Wolfgang Schäuble sogar offiziell in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Nachdem das Parlament die Bestellungsfunktion an sich gezogen hat, sieht es zwar jetzt so aus, als ob das System eher in die andere, parlamentarische Richtung tendiert; angesichts der eben geschilderten, gravierenden Hindernisse auf dem Weg dorthin dürfte das aber wohl kaum das letzte Wort bleiben.

AB OKTOBER! DER TAGUNGSBAND ZUM

**ZWEITEN DEUTSCH-CHINESISCHEN
AKADEMISCHEN FORUM
STAAT - GESELLSCHAFT - MARKT
11. UND 12. JUNI 2014 IN BONN**



www.bapp-bonn.de/publikationen

DAS RISIKO, NOCH MEHR EUROPA ZU WOLLEN

von Alfred Merta

Mehr Demokratie! Das ist immer gut. Das klingt vor allem gut. Dagegen kann keiner etwas sagen.

Aber manchmal ist „Mehr Demokratie!“ nur gut gemeint, also – wie der Volksmund weiß – das Gegenteil von gut. Und manchmal ist „Mehr Demokratie!“ auch die perfekte Tarnung für einen Etikettenschwindel. Die Europawahl mit der anschließenden Benennung des neuen EU-Kommissionspräsidenten war eine Mischung aus beidem.

Jean-Claude Juncker habe den Posten bekommen, „weil der Wähler es so wollte“, lobte weiehevoll ein WDR-Radiomoderator. Nein, wollte er nicht. Schon deshalb nicht, weil kaum einer der 400 Millionen europäischen Wahlberechtigten den vermeintlichen Mechanismus der „Spitzenkandidaten“ kannte geschweige denn begriff. Dieser Mechanismus ist ja auch in keinem Gesetz oder Vertrag vorgesehen. In manchen EU-Mitgliedsländern trat überhaupt keine Partei für einen der Spitzenkandidaten ein (z.B. Großbritannien). In den EU-Ländern wird nach völlig unterschiedlichen Regeln gewählt, von Wahlpflicht (Belgien) bis 13 Prozent Wahlbeteiligung (Slowakei). In vielen Ländern



Alfred Merta

war als Journalist unter anderem für den Axel-Springer-Verlag tätig und arbeitet heute als freier Publizist.

wurde nach rein innenpolitischen Gesichtspunkten abgestimmt, um eine gute Regierung zu unterstützen (Italien) oder eine schlechte abzustrafen (Frankreich). Selbst die deutsche CDU plakatierte vor der Wahl nicht Juncker, „ihren“ Spitzenkandidaten, sondern Kanzlerin Merkel, die gar nicht zur Wahl stand.

„Die EU ist eben keine parlamentarische Demokratie“, so der frühere Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm. Sondern: „Die europäische Demokratie zehrt von dem demokratischen Prozess in den Mitgliedstaaten.“ Den EU-Institutionen, auch dem Europaparlament, fehle „die notwendige demokratische Legitimi-

on in den nationalen Öffentlichkeiten“, findet der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer (Grüne).

„Die Geschichte mit den Spitzenkandidaten ist doch eine Brüssel-interne Sache, damit können die Bürger nichts anfangen.“

Europas Wähler, bestens informiert und beseelt von der Einheit des Kontinents, wählen einen europäischen Präsidenten – das ist der Wunsch. Europas Wähler sind zwar in der Mehrheit für ein gemeinsames Europa, aber sie identifizieren sich vor allem mit ihrem Land und möchten von der Regierung ihres Landes gut in Europa vertreten werden – das ist die Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit, der permanente Interessensausgleich zwischen den Mitgliedsländern, ist oft quälend und fehlerbehaftet. Aber alles in allem funktioniert er. Die unansehnliche Statik ächzt, aber sie hält. Gewiss verlässlicher als das kühn konstruierte Gerüst eines europäischen Zentralstaates.

„Die Geschichte mit den Spitzenkandidaten ist doch eine Brüssel-interne Sache, damit können die Bürger nichts anfangen“, findet der sozialdemokratische niederländische Außenminister Frans Timmermans. In der Tat: Weil in den meisten EU-Mitgliedsländern Europapolitik vorwiegend unter nationalen Gesichtspunkten betrachtet wird, hat

sich am EU-Sitz eine politische Szene formiert, die mehr Ansehen und Macht für Brüssel und damit auch mehr Bedeutung für sich selbst will. Dazu gehören auch jene Medienvertreter, die die Verhandlungen im EU-Rat der Länderregierungen grundsätzlich mit dem abschätzigen Begriff „Hinterzimmer“ belegen. Als ob Oligarchen oder Bandenchefs ihre Beute verteilen würden.

Dabei sind es demokratisch gewählte Regierungen, deren Legitimation fast immer eindeutiger ist als es durch eine Europawahl mit ihrer derzeitigen geringen Akzeptanz möglich wäre. Eine Einigung der nationalen Regierungschefs auf den Kommissionspräsidenten „ist immer noch das demokratischste Verfahren“, schrieb „Times“-Chefredakteur John Witherow.

Im EU-Vertrag heißt es lediglich, die Regierungschefs sollten bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Europawahlen berücksichtigen. Es ist keine Rede davon, dass sie ausschließlich einen der „Spitzenkandidaten“ benennen dürfen. Dass dem EU-Rat am Ende doch eine solche Verknüpfung aufgedrängt wurde, war für die „Süddeutsche Zeitung“ ein „Coup“ des Europaparlaments – „vorausgegangen waren weder eine Verfassungsdebatte noch nationale Parlamentsbeschlüsse“.

Betreiber dieses Coups war für den „Spiegel“ der deutsche Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD): „Schulz wollte Präsident der Kommission wer-

den und hat für einen Automatismus gedroht, den es nicht gibt.“

Doch Schulz verlor. Und so wurde mit dem Etikett „Mehr Demokratie!“ ausgerechnet der Großmeister aller „Hinterzimmer“ Kommissionspräsident: Jean-Claude Juncker. Paradox auch, wie die „Zeit“ feststellt: Während die „Europhoriker den Turbo“ einschalteten, seien bei der Wahl „gleichzeitig so viele EU-Gegner ins Europäische Parlament gespült worden wie nie zuvor“.

In dem raffinierten „Spitzenkandidaten“-Spiel hat sich ganz besonders die deutsche Politik verheddert. Bundeskanzlerin Angela Merkel war wohl gegen das Junktim, widersprach ihm aber nicht. Nach der Wahl ging sie zunächst auf Distanz zu Juncker, wurde dann aber an seine Seite gedrängt. Merkel hatte das Spiel nicht mehr im Griff, selten hat man sie so schwach gesehen. Die SPD steigerte sich nach der Wahl in einen wahren Schulz-Rausch. Sie unterstützte den Sieger Juncker, um auch für Schulz einen guten Posten herauszuholen. Vergeblich, am Ende akzeptierte Parteichef Sigmar Gabriel sogar die erneute Nominierung des deutschen Kommissars Oettinger (CDU), um wenigstens die Wiederwahl seines Spitzenkandidaten als Parlamentspräsident zu erreichen. Gabriels Volte – so viel Hinterzimmer war nie!

Eine Konstellation wie Schulz/Juncker, ein machtbewusster Parlamentarier und ein in seinem Land gerade abge-

„In der Sachpolitik der vergangenen Monate hat sich die Große Koalition in Deutschland eindeutig als Sachwalter deutscher Interessen gegenüber Brüssel in Position gebracht.“

wählter Ex-Regierungschef, wird es bei der nächsten Europawahl nicht mehr geben. Auch ein Überraschungscoup an der parlamentarischen und öffentlichen Diskussion vorbei wird dann nicht mehr möglich sein. Bis dahin werden Europas Staaten sich verbindlich entscheiden müssen: Entweder sie installieren die EU-Kommission als zentrale Regierung mit weitreichenden Gestaltungskompetenzen, die von den EU-Bürgern gewählt wird – dann wird ein Spitzenkandidat zwangsläufig Kommissionspräsident. Oder sie betrachten die EU weiterhin als gemeinsame Basis der Zusammenarbeit unter Berücksichtigung nationaler Interessen – dann gibt es kein Spitzenkandidatenspiel mehr.

In der Sachpolitik der vergangenen Monate hat sich die Große Koalition in Deutschland eindeutig als Sachwalter deutscher Interessen gegenüber

Brüssel in Position gebracht. Etwa Gabriel bei der Durchsetzung des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“, das vielen EU-Grundsätzen eigentlich widerspricht. Wäre die EU-Kommission direkt von allen europäischen Bürgern gewählt und nur dem EU-Parlament verantwortlich, hätte die deutsche Energiewende keine Chance. Genau so wenig wie eine deutsche Pkw-Maut.

Was geschehen würde, wenn das Europaparlament allein zu entscheiden hätte, hat Gabriel gleich zu Beginn seiner Zeit als deutscher Wirtschaftsminister erfahren. Die Brüsseler Abgeordneten, auch die der SPD, wollten das Gütesiegel „Made in Germany“ abschaffen, weil viele Bestandteile von Produkten deutscher Firmen aus anderen Ländern zugeliefert werden.

Gabriel ist dagegen vorgegangen. Damit hat er vermutlich das getan, wofür er gewählt wurde. Die deutschen Wähler sind in ihrer großen Mehrheit Europa-freundlich, die bayerische CSU ist für ihren europakritischen Wahlkampf sogar mit einem schlechten Ergebnis bestraft worden. Sollte Deutschlands Souveränität jedoch weitgehend nach Brüssel verlagert werden, inklusive Direktwahl des Kommissionspräsidenten, würde sich die politische Landschaft vermutlich einschneidend verändern.

Dann wären der euroskeptischen „Alternative für Deutschland“ wohl zweistellige Bundestagswahlergebnisse gewiss.

Wer mehr Europa schaffen will und dabei überzieht, erreicht womöglich weniger Europa. Die Verknüpfung von Europawahl und Wahl des Kommissionspräsidenten war ein politisch und verfassungsrechtlich unausgeglichener Versuch, der Europawahl mehr Bedeutung zu verschaffen und einen Teil europäischer Macht weg von den Mitgliedsländern hin nach Brüssel zu verschieben. Die Wähler haben diesen Versuch nicht verstanden und nicht mitgetragen, nur rund 43 Prozent von ihnen gingen europaweit zur Wahl.

Wie das Gerangel um die Posten in der EU-Kommission unter Juncker erneut vorgeführt hat, sind die oft schon reformierten Abläufe und Strukturen der EU-Politik weiterhin dringend reformbedürftig. Aber im Prinzip sollte Europa so bleiben wie es ist. Wer mehr will, kann aus heutiger Sicht leicht weniger bekommen. Und wer mehr direkte Demokratie fordert, muss dafür sorgen, dass jeder EU-Wähler gleichermaßen daran teilhaben kann. Das ist, ebenfalls aus heutiger Sicht, schon deshalb nicht möglich, weil europaweite Parteien und ein gemeinsames Wahlrecht fehlen.

REGIONALISIERUNG – KLINGT GUT, IST ABER SCHWIERIG

von Wolfgang Clement

Um mit einem Geständnis zu beginnen: Ich war dereinst ein europäischer Regionalist. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Als nordrhein-westfälischer Landespolitiker hielt ich zeitweise die Regionalisierung der europäischen Politik für eine sinnvolle Zielsetzung. Sie schien geeignet, den Ländern und Regionen eine zukunftsfähige Position im zusammenwachsenden Europa zu gewährleisten. Die Regionen würden nur noch direkt der EU unterstellt sein – so nicht nur meine damalige Vorstellung –, von den Nationalstaaten weitgehend unabhängig agieren, sie nach und nach an Bedeutung sogar übertreffen können.

Welch ein Irrtum! Die Teilnahme an den ersten Sitzungen des im Jahr 1994 gegründeten „Ausschuss der Regionen“ hat mich recht rasch gelehrt: So ist Europa wirklich nicht zu machen. In jenem Ausschuss saßen wir gemeinsam mit den Repräsentanten von zunächst 189 (!) – inzwischen aufgrund der EU-Erweiterungen 353 – europäischen Regionen bzw. lokalen Gebietskörperschaften in einem der riesigen Brüsseler Konferenzräume. Wir kamen aus völlig unterschiedlichen staatspolitischen Ordnungen, waren Amts- oder



Dr.-Ing. e.h. Wolfgang Clement

ist Ministerpräsident a.D., Bundesminister a.D. und Vorsitzender der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Mandatsträger, Ministerpräsidenten oder Bürgermeister oder sonst wie gegenüber einer lokalen oder regionalen Gebietskörperschaft verantwortliche Akteure, und wir Deutsche wie die Österreicher oder die Belgier, die Schotten wie die Katalanen schienen zudem von der Idee beseelt, dass es in allen Mitgliedstaaten der EU staatliche Ebenen geben müsse, die im Range mindestens den österreichischen oder deutschen Bundesländern gleich kämen.

Wie grotesk! Tatsächlich waren wir ein sympathischer, überwiegend politisch ohne größere internationale Erfahrung daher kommender Haufen gut meinender Europäer völlig unter-

schiedlicher politischer Legitimität und unterschiedlichster Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten. Die neuen „Grenzziehungen“ des Regionalismus wurden zwar nicht deklamiert, aber bei genauerem Hinschauen hinter dem schönen gemeinsamen Erlebnis erkennbar, seien sie ethnisch, religiös, sprachlich, staatspolitisch oder verteilungspolitisch begründet. Regionalismus, wenn man ihn denn ernst nimmt, bedeutet keineswegs weniger, sondern eher mehr Grenzen - wenn auch nicht zwingend - mit Schlagbäumen gekennzeichnete Grenzen!

Nein, es will ganz klar gesagt sein: Regionalismus ist für die Einen gewiss ein probates Mittel, in diesem unübersichtlich gewordenen Europa jedenfalls mitreden, wenn auch nicht mitentscheiden zu dürfen. Regionalismus vermittelt vielleicht sogar den Eindruck von etwas mehr Bürgernähe der europäischen Entscheider. Geschenk! In den Händen anderer kann es aber rasch zu einem Instrument werden, um sich im Rahmen der EU eine eigene staatliche Identität zu verschaffen, die sie entweder den Nationalstaaten ebenbürtig werden lässt oder ihnen sogar die Möglichkeit gibt, sich aus der heutigen nationalen Bindung hinaus zu bewegen. Schottland und Katalonien sind dafür die momentan weitestgehenden Beispiele. Andere könnten ihnen folgen. Aber europäische Integration auf mitgliedstaatlichen Separatismus gründen zu wollen - das müsste schief gehen!

Die „Vereinigten Staaten von Europa“ – sie waren und sie sind ein Traumgebilde, das jedenfalls in überschaubarer Zeit nicht wahr werden wird. Die Mitgliedstaaten der EU werden sich ihrer nationalen Souveränität so bald nicht entledigen. Der „European Council“ der Staats- und Regierungschefs wird deshalb die wichtigste Institution der EU bleiben. Er entscheidet – und braucht deshalb mehr Transparenz und demokratische Legitimität. Aber zugleich muss sich die Europäische Union (und in seinen legislativen Aktivitäten auch der Council) auf einige wenige, aber entscheidende Kernkompetenzen reduzieren und konzentrieren: Auf Wirtschaft und Finanzen, Geld und Währung, Wettbewerb und freien Handel, auf Energie und Infrastruktur, einen mobilen Arbeitsmarkt, Zuwanderung und auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Das Weitere gehört in die mitgliedstaatliche, also nationale Verantwortung und damit auch in die Mitverantwortung der Regionen und lokalen Gebietskörperschaften.

Die Europäische Union braucht jetzt vor allem transparente, klare und eindeutige Strukturen und keine Mischsysteme, die vordergründig dem Prinzip der Subsidiarität Rechnung tragen, tatsächlich aber eher wie Verstärker einer Brüsseler Zentralgewalt wirken, die nicht und von niemandem gewollt sein kann.

REGIONALISIERUNG – CHANCEN FÜR EINE FRIEDLICHE ZUKUNFT

von Kurt Beck

In Deutschland haben wir uns daran gewöhnt, Kleinstaaterei als etwas „Gestriges“ zu betrachten, ein Relikt des Heiligen Römischen Reiches mit seinen knapp 350 Fürstentümern und Kleinststaaten. Die Überwindung dieser Zustände begreifen wir als Fortschritt. Eine vernünftige politische Ordnung strebt nach großen Einheiten, so unsere historische Erfahrung. Viele extrapolieren diese Erfahrung einfach weiter in die Zukunft: Nachdem sich im 19. und 20. Jahrhundert die Nationalstaaten konsolidiert haben, soll, möglichst bald, ein großer europäischer Bundesstaat errichtet werden, die Vereinigten Staaten von Europa, in dem alle Völker Europas friedlich geeint miteinander leben.

Der Blick auf die Wirklichkeit ernüchert allerdings. Der Welttrend, den wir derzeit beobachten können, geht nicht zu weniger, sondern zu mehr - und daher kleineren Staaten. Europa ist hierbei keine Ausnahme: Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat die Welt in mehreren Wellen die Auflösung großer, kulturell und ethnisch heterogener Staatswesen erlebt. Mit dem ersten Weltkrieg implodierten zwei große Reiche: das mitteleuropäische „Völkergefängnis“



Kurt Beck

ist Ministerpräsident a.D. und Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung.

der Habsburger Monarchie und das Osmanische Reich. In Afrika und Asien zerfielen nach dem Zweiten Weltkrieg die klassischen europäischen Kolonialreiche: Die Anzahl der UN-Mitgliedsstaaten stieg stetig an – von 51 Gründungsmitgliedern 1945 auf 159 Staaten im Jahr 1990. Danach setzte die Implosion des real existierenden Sozialismus ein und löste eine weitere Runde von Staatengründungen auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion und Jugoslawiens aus. Die Tschechoslowakei zerfiel friedlich, Jugoslawien dagegen unter blutigen Bürgerkriegen.

Auch in anderen Erdteilen fanden weiterhin Abspaltungen und Neugründungen von Staaten statt: Die Anzahl an

UN-Mitgliedsstaaten ist mittlerweile bei 193 angekommen. Und die aktuellen Entwicklungen im Nahen Osten lassen vermuten, dass auch hier Grenzen

„Innerhalb vieler Nationalstaaten macht sich ein Bestreben nach größerer Autonomie einzelner Regionen bemerkbar.“

erneut verschoben werden. Die Gebilde der kolonialen Grenzziehungen der Sykes-Picot-Linien beginnen sich aufzulösen. An ihre Stelle treten ethnisch und religiös homogenere Staatsgebilde – das ist jedenfalls der Anspruch.

Politischer Regionalismus in Europa

Nun deutet sich an, dass eine gewisse „ethnonationalistische“ Welle sogar Westeuropa noch einmal erfassen könnte. Innerhalb vieler Nationalstaaten macht sich ein Bestreben nach größerer Autonomie einzelner Regionen bemerkbar. Einige Regionen streben sogar nach voller staatlicher Souveränität, und dies trotz der hohen Autonomie- und Selbstbestimmungsrechte, die Regionen in den freiheitlich organisierten Staatswesen Europas genießen. In Spanien hat die Verfassung von 1978 den Autonomen Regionen erhebliche Rechte eingeräumt, die 2005 noch einmal ausgeweitet wurden. In Großbritannien wurden mit der „Devolutions-Politik“ der Labour-Regierung unter Tony

Blair den Städten, aber auch den großen Regionen wie Wales, Schottland und Nordirland neue Rechte – u.a. das auf Regionalparlamente – eingeräumt. Die italienische Verfassung von 2001 räumte den Regionen und den „Regionen mit Sonderstatus“ wie Südtirol oder Sardinien erhebliche Rechte ein. Selbst in Frankreich, dem Mutterland des Zentralismus, wurden die Rechte und Kompetenzen der Regionen im Zuge verschiedener Dezentralisierungsinitiativen erheblich ausgeweitet.

Damit scheinen aber vielerorts die regionalen politischen Erwartungen noch nicht befriedigt zu sein. In Flandern, Katalonien und Schottland drohen separatistische Abspaltungen. Regionalparteien wie die Lega Nord in Italien finden seit Längerem hohe Zustimmung. Dabei ist dieser neue Regionalismus politisch durchaus vielfältig. Waren traditionelle Regionalparteien wie die Südtiroler Volkspartei oder die CSU eher klassisch konservativ, so hat sich mit dem Aufstieg von Parteien wie der Lega Nord oder dem Vlaams Belang in der nächsten Phase der Eindruck aufgedrängt, der neue Regionalismus oder Ethno-Nationalismus sei rechtspopulistisch bis rechtsextrem. In den letzten Jahren haben sich nun auch linke bzw. sozialdemokratische Unabhängigkeitsparteien wie die Scottish National Party gebildet. Deren explizites Ziel es ist, Schottland in einen Wohlfahrtsstaat nach dem „Nordischen Modell“ zu verwandeln – in Abgrenzung zu den eher marktorientierten Tendenzen

in England. Die älteste aller westeuropäischen „Unabhängigkeitsbewegungen“, die baskische ETA, stand ohnehin immer fest im linksextremen Spektrum. Auch in anderen Weltregionen – etwa in Kanada – waren die Quebequoiser Unabhängigkeitsanhänger eher am linken politischen Spektrum angesiedelt. Eine klare politische Verankerung des Regionalismus ist also nicht ohne weiteres zu erkennen – es geht immer auch darum, wer sich historisch des Themas bemächtigte und warum.

Neue Identitätsmuster

Nun waren regionale kulturelle Identitäten immer Bestandteil der politischen Wirklichkeit Europas. Es steht aber außer Zweifel, dass sie in den letzten Jahren eine neue Dynamik erfahren haben. Die Gründe für diese Entwick-

„Die großen Identitätsanker des Industriezeitalters – Klassenzugehörigkeit, Nationalität, Religion – haben an Bindungswirkung verloren.“

lung sind vielfältig. Die institutionellen Arrangements, die im Rahmen der europäischen Nationalstaaten zum Ausgleich der Interessen verschiedener Regionen entwickelt wurden, scheinen an Überzeugungskraft verloren zu haben. Dies gilt selbst für das wiedervereinigte Deutschland, wo die Kritik am

Länder-Finanzausgleich vernehmbarer geworden ist. Gleichzeitig scheint in Zeiten wachsender ökonomischer Unsicherheit, Prekarisierung und Massenarbeitslosigkeit das Verlangen nach Zugehörigkeit und Identität zu wachsen. Und die großen europäischen Nationalstaaten mit ihren offenen Grenzen und ihrem europäisch-transnationalen Selbstverständnis scheinen dieses Verlangen nach Zugehörigkeit und Identität immer weniger zu erfüllen. Die politischen Institutionen der Nationalstaaten verlieren an Bedeutung und sehen sich im Rahmen des europäischen Mehrebenensystems immer weniger in der Lage, die Interessen ihrer Staatsbürger sichtbar zu verteidigen. Gleichzeitig haben kulturelle Faktoren im Selbstverständnis der Menschen eine größere Bedeutung erhalten. Die Gesellschaften sind vielfältiger geworden. Die großen Identitätsanker des Industriezeitalters – Klassenzugehörigkeit, Nationalität, Religion – haben an Bindungswirkung verloren. Dem gegenüber steht ein Bedeutungszuwachs von kulturellen und Live-Style-Identitäten. In dieser Situation scheint es in verschiedenen Teilen Europas einen „identitären Schub auf regionaler Ebene zu geben. Europa hat meist keine Antworten auf die großen Fragen: Kriege, Bürgerkriege im Umfeld – Wirtschafts- und Finanzkrisen nach Innen. Dafür wird das Netz der Kontrolle über alles und jedes nach Innen immer dichter. Regionale Besonderheiten werden missachtet und angebliche Wettbewerbskontrolle zerstört die Vielfalt.

*„Die Stellung des
Ausschusses der
Regionen‘ wurde mit dem
Vertrag von Lissabon
weiter gestärkt.“*

Der Ausschuss der Regionen der EU

Wie kann die Politik mit diesen Entwicklungen umgehen? Regionale und lokale Identitäten sind grundsätzlich positiv zu bewerten. Das deutsche Modell des föderalen Staatsaufbaus erkennt die zentrale Rolle dieses Faktors explizit an (Bundestreue). Politisch wirklich problematisch werden Partikularidentitäten dann, wenn sie sich als Kraft der Destruktion bestehender Nationalstaaten verstehen.

Die EU hat 1994 der Bedeutung lokaler und regionaler Körperschaften und ihrem wachsenden Gewicht im politischen und kulturellen Bewusstsein vieler Europäer mit der Schaffung des „Ausschusses der Regionen“ (AdR) Rechnung getragen. Der Ausschuss der Regionen ist eine beratende Einrichtung, die die Interessen der regionalen

und lokalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union vertritt und in den europäischen Gesetzgebungsprozess einbringt. Dies geschieht in Form von Berichten („Stellungnahmen“) zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission. Die Kommission, der Rat und das Parlament müssen den Ausschuss der Regionen anhören, bevor sie Beschlüsse fassen, die lokale und regionale Regierungen betreffen (z.B. in den Bereichen Beschäftigung, Umwelt, Bildung und öffentliche Gesundheit). Die Stellung des AdR wurde mit dem Vertrag von Lissabon weiter gestärkt. Der Vertrag von Lissabon verpflichtet die Europäische Kommission dazu, die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihre Vereinigungen in der gesamten EU bereits in der prä-legislativen Phase anzuhören. So kann sich der AdR in seiner Funktion als Sprachrohr der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften voll und ganz in den Prozess einbringen. Sobald die Kommission einen Legislativvorschlag vorgelegt hat, muss sie den AdR erneut anhören, falls der Vorschlag eines der vielen Politikfelder berührt, die für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften von unmittelbarer Bedeutung sind (http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/cor/index_de.htm). Für die Praxis hat dies jedoch wenig Bedeutung. Über die Wettbewerbskontrolle wird jede demokratisch legitimierte Entscheidung der Kommunen oder Länder in Deutschland ausgehebelt.

Mehr Subsidiarität

Angesichts der wachsenden Skepsis vieler Europäer gegenüber den Brüsseler Institutionen ist allerdings offen, ob diese Art der formellen Einbeziehung der Regionen in die politischen Entscheidungsmechanismen ausreicht, die regionale Meinungsvielfalt zufriedenstellend zu berücksichtigen. Dem Verlangen nach Zugehörigkeit, Identität und politischer Mitsprache in einer immer mehr von anonymen „Marktkräften“ bestimmten Welt ist damit ja nicht Rechnung getragen. Die Gefühle der Entfremdung und des Kontrollverlusts der Bürger bleiben bestehen. Das Vertrauen in die Beeinflussbarkeit von politischen Entscheidungen sinkt, je weiter weg vom Bürger diese Institutionen verortet sind.

„Manche Separatismen könnten einfach zu stark sein, und manche bestehenden Staatsgebilde einfach zu heterogen.“

Ein langfristiger Umgang mit den Tendenzen zur Stärkung regionaler Identitäten besteht daher am ehesten in der konsequenten Stärkung eines Prinzips, das sowohl dem Aufbau des deutschen Föderalstaates wie dem ursprünglich angedachten Konstrukt der Europäischen Union zugrunde liegt: des Prinzips der Subsidiarität. Dieses Petikum

„Wer die politische Willensbildung der Bürger ins Zentrum stellt, kann gegenüber demokratisch legitimierten Autonomiebestrebungen keine absoluten Hürden aufbauen.“

gilt im Übrigen nicht nur für die Europäische Union, sondern auch für verschiedene Nationalstaaten Europas: in den meisten Ländern erscheinen die Spielräume einer auf die konsequente Ausnutzung kommunaler und regionaler Selbstverwaltung zielenden Politik noch nicht ausgeschöpft. Zugleich muss den Bürgern aber auch wieder ein stärkeres Gefühl der Beeinflussbarkeit und der Bestimmbarkeit von Politik vermittelt werden. Plebiszitäre und partizipative demokratische Elemente sind hierfür sehr hilfreich. Und sie lassen sich am besten auf kommunaler und regionaler Ebene verwirklichen.

Ausblick

Mit einer erhöhten Autonomie von Regionen und einer aktiveren Mitsprache der Bürger wird es aber nicht allein getan sein. Manche Separatismen

könnten einfach zu stark sein, und manche bestehenden Staatsgebilde einfach zu heterogen. Auch damit müsste man dann leben – dann fällt auseinander, was nach heutigem Politikempfinden einfach nicht mehr zusammen gehört. Wichtig ist es, diese Prozesse politisch zu begleiten und zu verhindern, dass sie zu menschlichen Tragödien und wirtschaftlichen Katastrophen führen, wie etwa im Falle der Auflösung Jugoslawiens. Der Rahmen der EU ist hierfür geradezu ideal. Wer die politische Willensbildung der Bürger ins Zentrum stellt, kann gegenüber demokratisch legitimierten Autonomiebestrebungen keine absoluten Hürden aufbauen. Auch deswegen nicht, weil die Kraft von Partikularidentitäten in den kommenden Jahren vermutlich eher wachsen als sinken wird. Das Meiste davon wird man mit kluger Regionalpolitik und Rücksicht auf kulturelle Sonderidentitäten und –interessen managen können. Wo das nicht gelingt, wäre die Aufgabe kluger Politik hingegen dafür zu sorgen, dass daraus nichts Destruktives erwächst.

UK, UNGARN, TÜRKEI, UKRAINE – MÜSSEN WIRKLICH ALLE DABEI SEIN?

von Philipp Mißfelder

Die Europäische Union blickt heute auf eine sechzigjährige Erfolgsgeschichte zurück. Seit ihrer Gründung 1957 hat sich die EWG - der Nukleus eines neuen, gemeinsamen Nachkriegs-europas - nicht nur durch mittlerweile sieben Erweiterungen auf dem europäischen Kontinent weit ausgedehnt, sondern auch auf ihrem Weg zur Europäischen Gemeinschaft und Europäischen Union ihre Formen und Aufgaben stetig erweitert. Das Zusammenspiel der mittlerweile 28 Mitgliedstaaten muss aber weiter stetig verbessert werden, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen.

Neben der Fortentwicklung der inneren Struktur ist aber gleichermaßen die Frage von Bedeutung, ob die EU noch erweiterungsfähig ist, welche weiteren Länder die Mitglied werden sollen, aber auch, ob für einige Mitgliedsländer ein Weg aus der EU heraus vorstellbar ist.

Einige Beispiele zeigen, dass es hier kein einfaches Ja oder Nein geben kann: Die Briten gehören seit 1973 zu den tragenden Säulen der EG und EU. Ebenso lange diskutieren und streiten sie aber auch über die Vor- und Nachteile ihrer Mitgliedschaft. Ein Austritt brächte



Philipp Mißfelder MdB

ist Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands.

zweifellos den Briten wie der EU gravierende Nachteile: Was die EU angeht, so sind die Briten vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik kaum zu ersetzen.

Das Königreich ist Vetomacht im Welt-sicherheitsrat, verfügt über die größte militärische Expertise in der EU und hat nach wie vor die besten Beziehungen zu den USA. Eine EU-Außenpolitik ohne Großbritannien verlöre erheblich an Durchschlagskraft. Andererseits kann der Inselstaat schon allein wegen seiner umfassenden Einbindung in den europäischen Binnenmarkt auf seine EU-Mitgliedschaft kaum verzichten. Al-

ternativer Handel mit den BRIC-Staaten ist wirtschaftlich alles andere als überzeugend, ist doch allein das Handelsvolumen mit Irland derzeit größer als das mit Brasilien, Russland, Indien und China zusammen.

In Brüssel gelten die Briten oft als Bremsen und nur auf ihren Vorteil bedacht, ein Stereotyp, das letztlich kaum weiterführt. Einige Länder, auch Deutschland, stimmen mit manchen britischen Anliegen, z. B. der Straffung der Zuständigkeiten und dem Abbau von EU-Bürokratie, durchaus überein. Konstruktiver wäre es, die Briten als Partner in einem Diskurs um die Weiterentwicklung der EU zu sehen. Die EU braucht die Briten wie die Briten die EU.

In Ungarn, Mitglied seit 2004, wird die EU ähnlich kritisch gesehen wie im Vereinigten Königreich. Nach einer im August 2013 durchgeführten Meinungsumfrage sah nur noch ein Drittel der Bevölkerung Ungarns die Mitgliedschaft in der EU positiv, ein Viertel sogar entschieden negativ, obwohl Ungarn seiner wirtschaftlichen Öffnung infolge der EU-Mitgliedschaft viel zu verdanken hat. Die hier angesiedelten multinationalen Unternehmen sind hochproduktiv, wachsen schnell, sind die größten Steuerzahler und bringen ihre Standortregionen mit steigenden Löhnen und Beschäftigtenzahlen schnell voran. Dass die Ungarn aber trotz aller Kritik die Vor- und Nachteile der EU durchaus sorgfältig gegeneinander abzuwägen verstehen, haben sie bei der

Parlamentswahl im April bewiesen, als sie, trotz all dieser Kritik, den europäischen Kurs Victor Orbans und seines Regierungsbündnisses Fidesz-KDNP mit großer Mehrheit bestätigten.

Wie steht es aber mit den Chancen derjenigen Länder, die in die EU hinein streben?

„Mit der Türkei wird derzeit also nicht nur darüber verhandelt, wie und wann sie Mitglied wird, sondern letztlich darüber nachgedacht, ob das überhaupt geschehen soll.“

Die Türkei ist hier zweifellos der bisher schwierigste Fall: Die Beitrittsverhandlungen laufen seit 2005. Zwar wurde dem Land die Mitgliedschaft in Aussicht gestellt, aber diese war und ist in der EU nicht unumstritten. Auch die unionsgeführte Bundesregierung machte bei einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten im Februar 2014 keinen Hehl daraus, dass sie einer türkischen EU-Mitgliedschaft sehr skeptisch gegenüber steht. Mit der Türkei wird derzeit also nicht nur darüber verhandelt, wie und wann sie Mitglied wird, sondern letztlich darüber nachgedacht, ob das überhaupt geschehen soll. Die EU wird hier ihr Verhältnis zur Türkei überdenken müssen.

Einige Stimmen betonen die positiven Aspekte einer türkischen Mitgliedschaft: die junge Bevölkerung, die dynamische Wirtschaft und die Stabilisierungsfunktion des geopolitisch bedeutenden Nato-Landes für den Mittleren Osten. Dies ist nicht falsch - als Argument für eine Vollmitgliedschaft aber nicht hinreichend: Denn ein Mitgliedsland Türkei wäre für das institutionelle Gefüge der EU räumlich wie demographisch schlicht zu groß. Mehrheiten, Vetorechte und andere Formen der Mitbestimmung würden auf einen Schlag vollständig umgekehrt, die bisherigen Ressourcen und Steuerungskapazitäten hoffnungslos überfordert, bestehende Integrationsgrundlagen gesprengt. Auch scheint sich die Türkei in letzter Zeit politisch kaum noch auf das westliche Bündnis zuzubewegen. Die Gespräche werden - jenseits jüngster Rückschläge im Demokratisierungsprozess - überdies dadurch belastet, dass sich die Türkei weiterhin weigert, das

„Während die neue Regierung und ihre Unterstützer in Richtung EU schauen, streben andere eine stärkere Anbindung an Russland an.“

EU-Mitglied Zypern anzuerkennen und dem Land dieselben Rechte wie den anderen EU-Staaten zu gewähren.

„An den Grenzen der EU, im Osten, aber auch auf dem Balkan, liegen Länder, die für das Projekt der europäischen Integration wichtig sind.“

Die Frage einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine steht inzwischen der Türkeifrage an Schwierigkeit kaum nach. Mit diesem größten Land des EU-Programms „Östliche Partnerschaft“ war bereits ein Assoziierungsvertrag mit weitreichendem Freihandelsabkommen ausgehandelt, als der damalige Präsident Janukowitsch kurz vor dem Gipfeltreffen in Vilnius Ende November 2013 seine Bereitschaft zur Unterschrift zurückzog. Die Folgen dieser Entscheidung kennen wir. Das Land ist heute tief gespalten und auf massive wirtschaftliche Unterstützung angewiesen. Während die neue Regierung und ihre Unterstützer in Richtung EU schauen, streben andere eine stärkere Anbindung an Russland an. Gegenwärtig befindet sich die Ukraine wieder auf klarem Kurs Richtung Europa, das Assoziierungsabkommen wurde inzwischen unterzeichnet.

Zurück zur Ausgangsfrage:
Müssen wirklich alle dabei sein?

Großbritannien oder Ungarn sind tragende Elemente der EU. Sie sind für diese ebenso unverzichtbar, wie die EU für sie. Jedes neue Erweiterungsbegehren bedarf dagegen differenzierter Erörterung und sorgfältigster Prüfung der jeweiligen Einzelfälle. Die EU hat sich vor allem durch die Osterweiterung räumlich enorm ausgedehnt. Ihre inneren Strukturen sind noch nicht schlüssig auf die jetzige Größe abgestimmt. Dennoch wäre es strategisch und wirtschaftlich falsch, die EU von 2014 gleichsam einzuhegen und ihre Entwicklung für abgeschlossen zu erklären. An den Grenzen der EU, im Osten, aber auch auf dem Balkan, liegen Länder, die für das Projekt der europäischen Integration wichtig sind. Die Sicherheit und Stabilität Europas wird erst erreicht sein, wenn es keine instabilen Regionen mehr gibt, insbesondere keine, die zwischen EU und Russland hin- und hergerissen sind. Die EU muss für diese Länder ein attraktives Ziel bleiben und ihre Tür für neue Mitglieder offen halten. Aber EU-Erweiterungen dürfen letztlich - dies als Einsicht aus der aktuellen Krise der Ukraine - nicht gegen, sondern nur in Abstimmung mit Russland gefällt werden.

SPIEL- ODER GESPRÄCHSPARTNER – DIE EU AUS SICHT DER USA

von James D. Bindenagel

This year the United States joins Europe whole, free and at peace, a new beginning of freedom and restoration that began 25 years ago with the democratic revolution that led to German and European unification, most dramatically symbolized by the fall of the Berlin Wall.

As we remember the terrible wars that tore peoples apart, destroyed empires, killed millions of people all around the world, and unleashed untold suffering, death, and atrocities committed against entire peoples, let those somber and sobering memories not cause us to forget that anniversary this year, one that brought countries and peoples together, made them whole, and put an end to totalitarian oppression.

At the end of the Second World War the United States shed its policy of isolationism of the early 20th century and chose instead to accept historic responsibility as Europe's partner. The U.S. became committed to promoting European economic recovery and ensuring its security against threats from the Soviet aggression during the Cold War. The end of the Cold War emergence of a united Europe is unquestionably a posi-



James D. Bindenagel

war Botschafter der Vereinigten Staaten in Deutschland und ist Inhaber der Henry-Kissinger-Pro-fessur für International Security and Governance der Universität Bonn.

tive achievement to be celebrated. But Europe and American partners should realize that the EU is still a work-in-progress.

Post-Cold War American presidents viewed the European economic recovery and peace project completed after European unification. Europeans have in the U.S. mind failed to live up to American expectations that Europe would be able to take responsibility for security as shown by crises in the Balkans and now in Ukraine. In his farewell to NATO on 3 June 2011, Robert Gates, US secretary of defense, expressed his concern about

the viability of NATO and its capacity to carry out combat and civilian-military operations. That reluctance was at the root of the clash between American and European leaders on Afghanistan policy and had consequences for NATO's strategic concept and Germany's national security.

While EU reticence to use force to respond to the Russian annexation of Crimea is understandable given the trading relations with Russia and European reliance on Russian energy exports, U.S. policymakers criticize the lack of strategic thinking and a general unwillingness among allies to punish international aggression. Senator John McCain said as much on a recent television interview: "The Europeans are not going to do anything."

Today, the continuing euro zone crisis brings uncertainty to the economy and the Russian invasion of Ukraine, its annexation of Crimea and the rebellion in Eastern Ukraine, fuelled by Russia threaten to ruin peace in Europe. Peace is not the absence of war; it is the presence of transparency, accountability and rule of law among nations. Peace has a price as President Thomas Jefferson reminded Americans: "The price of liberty is eternal vigilance."

These twin crises have once again drawn the U.S. and Europe together. Despite recent concerns over data protection and the NSA Affair, Europe remains the critical partner of the United

States. Chancellor Angela Merkel has recognized that despite differences of opinion between the U.S and Europe, the EU could not wish for a better partner.

Partnership is built on action. Chancellor Merkel has been a strong proponent of rapid negotiations for jobs and growth by dismantling barriers to trade through the Transatlantic Trade and Investment Partnership, called TTIP. President Barack Obama recognizing the strategic importance of the US-EU relationship called for TTIP negotiations in his State of the Union Address in 2013. Negotiators face an intricate and highly complex task: At the same time, they must build support for TTIP and respond to serious conflicts of interest between business groups, labor and NGOs.

The U.S. and EU dominate the world's markets and converging or developing common regulatory standards could accelerate growth dramatically and could strengthen the highest standards and norms in each country, setting them for an increasingly globalized economy. However, the goals for jobs and growth are not convincing for some advocates who see TTIP as a giant corporate power grab. After the financial crisis, the public does not trust the negotiators to prevent banks from playing fast and loose with other peoples' money.

Civil Society groups on both sides of the Atlantic have voiced serious concerns

about food safety, emissions standards, the environment, data protection, and weakening financial regulation. American workers also fear jobs will be lost. Europeans vociferously reject chlorine washed chicken, genetically modified organisms (GMOs), and growth hormones and fear that regulatory changes might allow companies to sell unsafe food.

Opponents to TTIP have made themselves heard and Eurosceptic parties won a significant number of seats in the recent European Parliamentary elections. Those extremists could model their program on the U.S. Tea Party to dismantle and disrupt the agenda of the European Commission, including TTIP negotiations, especially in issues of the greatest political difficulties – agriculture, data protection and financial services.

Hopefully fringe parties will remain a small minority in the European Parliament; they are divided on many issues between themselves. In Italy Matteo Renzi's party with a strong reform program beat back the populist anti-establishment Five Star Movement of Beppe Grillo. In Germany, despite the formation of the anti-euro and Euro-skeptic AfD party, Chancellor Merkel's Christian Democratic Union/Social Democratic Party grand coalition retained its leading position.

Germany along with the current EU presidency held by Italy may have to carry



"The world has changed dramatically since only last year"

the burden for TTIP in the increasingly fragmented European Parliament. The centrist coalition will have to strengthen itself in order for the transatlantic agreement ultimately to win approval from a European Parliament which is divided on its purpose, legislative priorities, and even its right to exist. The U.S. has its own sceptics (Tax Enough Already – Tea Party) who have made the Congress dysfunctional and delayed negotiating authority for the U.S. TTIP negotiators.

TTIP is not only a trade agreement; it is a strategic political construct that the U.S. and EU need in a changing world. The U.S. pivot to Asia, if the EU will also join, can lead to open markets and stronger international economic rules. TTIP also helps the U.S. and EU together meet strategic challenges through a common cause: rules-based multilate-

ral economic system. With the deep business, cultural and education ties that bind the U.S. with Europe, an agreement would bring many of European-American values and interests together in a strategic project that will help set global relationships notably with emerging markets and China. An added possibility, in the wake of the NSA surveillance leaks, would be for TTIP provisions on data privacy that could help rebuild trust lost in the NSA Affair.

TTIP strengthens the alliance, which matters for security and economics. The U.S.-EU relationship is more than economic integration. President Vladimir Putin has violated Ukraine's national sovereignty and the annexation of Crimea with Russian-sponsored violence and turmoil in the eastern part of Ukraine has galvanized the U.S.-EU partnership.

The world has changed dramatically since only last year, when strategist George Friedman commented that "the inability to end the wars in Iraq and Afghanistan, coupled with economic problems, convinced reasonable people that the United States had entered an age of permanent decline. Yet at the time the euro zone crisis threatened disintegration of European unity and the financial crisis facing China left the United States still the unchallenged global power." Perceived European weakness in resolving the euro zone crisis and President Obama's policy of military restraint after the Iraq and Af-

ghanistan wars fuel the risk of conflict based on miscalculation.

Russia harbors grievances over former Warsaw Pact countries' decisions to join NATO, decisions that President Mikhail Gorbachev recognized were those countries' decisions to make. Since the unification of Europe, the U.S., Germany and NATO have reached out to Russia. NATO dropped its cold war strategy, created the NATO-Russia Council, and collaborated in the Balkan Wars, while

*"Russian national power
and prestige could
contribute to a more
peaceful world and win
respect"*

also accepting new NATO members. The U.S. has managed nuclear issues and Iran with Russia. In response to Russian security concerns, NATO tacitly agreed not to permanently station NATO soldiers on the borders of Russia to demonstrate the defensive nature of the Alliance. Later, President Obama sought to deepen cooperation with Russia through the ill-fated "reset" that was rejected by President Putin.

Russian national power and prestige could contribute to a more peaceful world and win respect, but not by military threats and forceful territorial annexations. Russian-supported rebels in the Ukraine shot down Malaysian flight MH17 with 298 innocent civilians on

board who lost their lives, but Russians have refused either to take responsibility for the act or to allow timely inspections and respectful treatment of the victims' bodies. Russia continues to threaten Ukraine with major troop deployments on its border and by launching artillery against it.

Russian President Vladimir Putin may have been emboldened by the lack of a credible, coherent strategic perspective as well as the reluctance of Germany and other European allies to accept a leading combat role in Afghanistan as

"Americans see the EU as more than a single market."

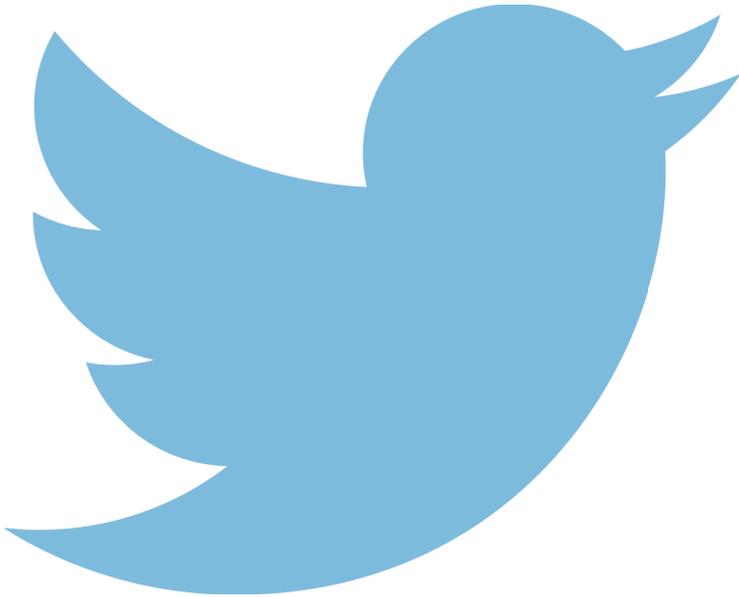
part of their NATO commitment. The United States has come to expect few combat contributions from Germany and other European allies, which is a perceived European weakness that likely encouraged Putin to pursue his policy of ethnic nationalism backed by military force.

However, in the Ukraine crisis Putin has miscalculated by underestimating the political will of the U.S. and Europe to defend the liberal order – rule of law, the UN Charter, the Helsinki Final Act – principles that have brought peace to Europe. The U.S. and Europe have demonstrated their determination at least to sanction Russia for its role against Ukraine, while ruling out a military response.

Poland and the Baltic states have called on NATO to visibly increase its presence in the member countries bordering Russia. In light of these concerns that Putin might try to violate the Polish or Baltic States sovereignty, NATO should act to shore up Article 5 of the NATO Treaty with visible presence in those countries. Energy policy to reduce European dependence on Russian gas and oil is a long-term project to be shared with the U.S. The U.S. and Europe must not appease or capitulate to Putin's threats. His actions in Ukraine must not be left to stand; Russia must end support for the conflict it has started.

Americans see the EU as more than a single market. The two share security interests as well, as Sigmar Gabriel said to ZDF: "If the lesson in Europe is that you can instigate a civil war in a neighboring country and nothing happens, I think that would set us back decades and cost much more." Europe cannot act as if we were an economic interest group. We are a political union and must ensure peace on the continent." In standing fast against Putin's actions in Ukraine, Europe has shown its resolve to preserve its principles that ensure peace and prosperity. The U.S. sees the EU as its partner.

DIE BAPP AUF TWITTER



FOLGEN SIE UNS...

@BonnerAkademie



WIE SIEHT EIN SCHWYZER DIE EU?

von Karl Reichmuth

Für einen Urschweizer, wie es ein Schwyzer automatisch ist – haben wir doch der Schweiz vor 700 Jahren den Namen geben dürfen – ist der Beitritt in eine fremde politische Union schlicht undenkbar. Warum? In einem Land, wo die Bürger direkt demokratisch abstimmen können und somit direkt über den Einsatz ihrer Steuergelder entscheiden, erscheint es absurd, die eigene Entscheidungskompetenz an eine Institution zu delegieren, die mehrere hundert, für einige Mitgliedstaaten gar tausende, Kilometer entfernt liegt. Wie immer im Leben kann man Fragen durch unterschiedliche Sichtweisen beleuchten: Ich lasse mich bei der Beantwortung von drei bekannten Vordenkern leiten. Leiten heißt aber nicht sich führen lassen. Bereits hier liegt der Hauptunterschied zwischen der Schweiz zum übrigen Europa: Wir wollen nicht von Institutionen zunächst verführt und anschließend geführt werden, sondern vielmehr eigenständig unser Schicksal frei bestimmen.

Goethe

In Faust sagte Goethe: „Das ist der Weisheit letzter Schluss: Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich



Karl Reichmuth

ist unbeschränkt haftender Gesellschafter und Präsident des Verwaltungsrates der Schweizer Privatbank Reichmuth & Co.

sie erobern muss.“ Für die Schweiz wäre es viel einfacher, mit dem Trend mitzuschwimmen, sich der EU anzuschließen, statt rundum kritisiert zu werden, weil wir unsere Anliegen in direkt-demokratischer Auseinandersetzung selber regeln wollen. Was wäre jedoch die Konsequenz? Wir würden unsere Willensnation aufgeben. Kein Bergkamm, Fluss, Meer oder Sprachbarriere grenzen uns ab von unserer Umgebung. Die Schweiz existiert nur aufgrund des Willens zur eigenständigen Entscheidungsfindung, dies hält uns zusammen – und das bereits seit über 700 Jahren. Häufig werden unsere Volksabstimmungen im Ausland falsch verstanden, so bei-

spielsweise die neulich abgehaltene Abstimmung über die Beschränkung der Zuwanderung. Trotz der zum Teil harschen Kritik in den Medien war in der Folge von der Bevölkerung der EU mehrheitlich Zustimmung zu hören. Wir glauben an die eigenständige Entscheidungsfindung, selbst wenn diese nicht gerade der aktuellen „political correctness“ entspricht.

Bruder Klaus

Bruder Klaus, Schutzpatron der Schweiz, ist der einzige Schweizer, der vom obrigkeitlichen Vatikan heiliggesprochen wurde. Vor bald 600 Jahren soll er folgenden Satz gesagt haben: „Machet den zuun nit zu wiit!“ („Macht den Zaun nicht zu weit!“). Ein prägnanter Ratschlag gegen die Grossmachtspolitik, deren Befolgung auch für die EU ratsam wäre. Die EU begann zunächst mit dem durchaus erstrebenswerten Ziel, gewisse Wirtschaftsangelegenheiten zu vereinen, um den friedlichen Handel zwischen Nachbarn zu verbessern. Mit der Zeit ist die EU jedoch mutiert zu einem Gebilde, welches Alles und Jedes regeln möchte. In den Worten von Bruder Klaus: Der „Zaun“ ist heute schlicht zu weit! Die EU wäre gut beraten, sich auf ihre ursprünglichen Ziele zu fokussieren, statt zu versuchen, per Dekret Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten zu nivellieren. Die Vielfalt Europas war stets die Stärke von unserem Kontinent, sowohl in Bezug auf die Schönheit unserer Länder als auch auf die unterschiedliche Lebensweise.

Die Beispiele der fehlgeschlagenen gesamteuropäischen Regulierungen sind vielfältig. Der bisherige Höhepunkt aus meiner Sicht ist die Gemeinschaftswährung. Ohne eine gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik kann langfristig eine übernationale Währung nicht existieren, wie anfangs des letzten Jahrhunderts die Lateinische Münzunion, dann die Vereinbarung von Bretton-Woods mit fixen Wechselkursen im Verhältnis zum Dollar bereits bewiesen; später auch der Versuch einer Gleichschaltung im Rahmen einer Währungsschlange über den sogenannten ECU.

Die langfristigen negativen Auswirkungen dieser „Bürokratenwährung“, wird insbesondere Deutschland nach dem alten Sprichwort „bürgen tut würgen“ noch erdulden müssen. Egal ob im Zusammenhang mit dem Euro oder anderen Problemen, muss bei den Politikern ein Umdenken stattfinden: Wenn die Ursache eines Problems der Zentralismus ist, liegt die Lösung nicht darin, noch weiter zu zentralisieren - wie es insbesondere die Franzosen wollen.

*„Egal ob im
Zusammenhang mit
dem Euro oder anderen
Problemen, muss bei den
Politikern ein Umdenken
stattfinden“*

Auch die ebenfalls von Bruder Klaus aufgestellte Neutralitäts-Maxime

„Mischt Euch nicht in fremde Händel“ lässt sich auch auf die EU übertragen. Nicht zwingend in der EU-Außenpolitik, wo aufgrund der divergierenden Interessen (noch) keine einheitliche Außenpolitik besteht, hingegen vielmehr im Verhältnis der Mitgliedstaaten unter sich. Die EU als Institution müsste vermehrt das Subsidiaritätsprinzip anwenden. Was von den Mitgliedsstaaten geregelt werden kann, dürfte gar nicht auf die EU-Ebene gelangen, so wie wir das zwischen Bern und den Kantonshauptorten halten. Echte Partnerschaften gedeihen nur, wenn man sich gegenseitig respektiert und genügend Freiräume lässt.

Kaspar Villiger

Kaspar Villiger, der Altbundesrat und langjährige Finanzminister, sprach sich in seinem kürzlich erschienen Buch „Pendler zwischen Wirtschaft und Politik“ zu Gunsten der Pflege der Institutionen aus, diese sei notwendig, um eine Willensnation zu sichern. Das Missverstehen der schweizerischen Institutionen ist eines der größten Probleme unseres kleinen Landes im Verhältnis zur übermächtig uns umgebenden EU. Die direkte Demokratie scheint (leider) für viele Europäer ein Fremdwort zu sein. Direkte Demokratie erlaubt den Bürgern die Gestaltung der gesellschaftlichen Übereinkunft, während die parlamentarische Demokratie in den einzelnen Ländern der EU, wie auch im Euroland, insgesamt nur eine „Korrekturinstitution“ ist. So stimmen wir jährlich zwi-

„Herrenlos ist auch der Freiste nicht.“

(Friedrich Schiller)

schen zehn und zwanzigmal in Sachreferenden ab und nur alle vier Jahre über Wahlen für eine ausgewogene Vertretung der politischen Richtungen im Parlament und der Regierung in Bern. Weder Parlament noch die Regierung haben aber letztlich etwas zu sagen, wenn das Volk über eine Mehrheits-Abstimmung eine andere Richtung einschlagen möchte. Darin liegt der Kernunterschied zwischen der Schweiz und der EU. Wir Schweizer verstehen uns als „Souverän“ und damit als Inhaber der Staatsgewalt unseres Landes.

Allerdings sind wir uns bewusst, was Friedrich Schiller den tapferen Schwyzer Stauffacher sagen ließ: „Herrenlos ist auch der Freiste nicht.“ Also müssen wir versuchen, über bilaterale Abkommen mit unseren durchwegs geschätzten, weil auch im Süden und Norden, sowie Osten und Westen unterschied-

lich eigensinnigen Nachbarn auszukommen. Zuversichtlich macht mich diesbezüglich ebenfalls Schiller in seinem Wilhelm Tell mit den Worten Tells: „Dem Friedlichen gewährt man gern den Frieden“.

Zusammenfassend kann ich festhalten, dass meine Schwyzer Sicht auf die EU, in der heutigen Form, negativ ausfällt. Mit mutigen Korrekturen und der Rückbesinnung auf die ursprünglichen Werte könnte die EU zu einer Institution werden, die den Zusammenhalt und das friedliche Zusammenleben innerhalb Europas fördert, statt durch zunehmende Entfernung von den unterschiedlichen Volksseelen der verschiedenen Länder unser Mitmachen weiterhin zu verunmöglichen. Das gäbe ein Europa der Regionen, wo der Mensch und seine Freiheit im Mittelpunkt stehen – und nicht die Politik in Brüssel!

EU UND UK: PERSPEKTIVEN EINES KOMPLEXEN VERHÄLTNISSSES

von Dominik Geppert

Es ist paradox. Großbritannien, das immer schon ein schwierigeres Verhältnis zur europäischen Integration hatte als die meisten anderen Mitgliedsstaaten, steht heute in der EU so sehr am Rande wie noch nie. Die nicht sehr zahlreichen verbliebenen Anglophilen fürchten, es könne in dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlaments zum Brexit kommen, zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union. Nicht wenige in Brüssel, Straßburg und der einen oder anderen europäischen Hauptstadt sehnen einen solchen Schritt mehr oder weniger unverhohlen herbei. Zumindest gilt der Verlust Großbritanniens als „affordable loss“, als etwas, das die EU leichter verkraften kann als die Briten selbst.

Zugleich dürfte es jedoch unmöglich sein, das Ergebnis der Europawahlen vom März als Votum für „mehr Europa“ und ein „weiter so!“ zu interpretieren, auch wenn die neu bestimmten altgedienten Personen an der Spitze von Kommission und Parlament genau dafür zu stehen scheinen. Die Reformagenda, der sich die neue EU-Kommission, ob sie will oder nicht, widmen muss, entspricht daher ziemlich genau britischen Vorstellungen: Mehr Wettbewerbsfähigkeit; größere Effizienz und



Prof. Dr. Dominik Geppert

ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaft der Universität Bonn.

Transparenz; die Verwandlung der Subsidiarität vom leeren Schlagwort in eine wirksame Handlungsmaxime; ein besseres Gespür für Prioritäten, was europäisch zu regeln ist und was nicht; weniger Bürokratie und mehr Zurückhaltung bei der Produktion neuer Gesetze und Richtlinien; stärkere Einbeziehung der nationalen Parlamente in europäische Entscheidungen; Nachdenken über die Rückübertragung einzelner Kompetenzen von der europäischen auf die nationale Ebene – nichts davon widerspricht britischen Ansichten und Absichten.¹

¹ Für eine solche Reformagenda plädieren nicht nur unverbesserliche Euroskeptiker; ich habe sie auf einer Veranstaltung an der Bucerius Law School in Hamburg am 5. Juni 2014 auch aus dem Mund des langjährigen EU-Kommissars Günter Verheugen (SPD) gehört.

Im Gegenteil. All diese Aufgaben liegen auf der Linie der Vorschläge, die der britische Premierminister in seiner Europarede im Januar 2013 unterbreitet hat.² David Cameron hat darin eine Zukunftsvision für die EU entworfen, die um die fünf Grundprinzipien der Wettbewerbsfähigkeit, Flexibilität, Subsidiarität, demokratischen Verantwortung und Fairness kreiste. Das vertraglich vereinbarte Ziel einer immer engeren Einheit wollte er auf die Bevölkerung der EU bezogen wissen, nicht

„In Deutschland ist die Rede des britischen Premierministers fast reflexhaft kritisch aufgenommen worden.“

auf die Staaten und Institutionen. Wesentliches Fundament müsse weiterhin der Binnenmarkt sein, der alle 27 Mitgliedstaaten umfasst, und nicht die Währungsunion, der nur 17 von ihnen angehörten. Cameron warb für eine flexiblere Struktur der EU, um der Vielfalt ihrer Mitgliedstaaten und deren unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden.

In Deutschland ist die Rede des britischen Premierministers fast reflexhaft kritisch aufgenommen worden. In vielen Leitartikeln wurden ausschließlich die innenpolitischen Hintergedanken

seziert, die Cameron mit seinen Ausführungen verfolgte. Der damalige Außenminister Guido Westerwelle warnte, die Briten dürften sich nicht die Rosinen aus dem Kuchen der EU herauspicken.³ Unterschwellig fremdelten viele in Deutschland schon deswegen mit den Ausführungen des Premierministers, weil Cameron sich dazu bekannte, die EU sei für die Briten eine praktische und keine emotionale Angelegenheit. Die Union sei ein Mittel zum Zweck von mehr Wohlstand, Stabilität, Freiheit und Demokratie in Europa, aber kein Ziel an sich. Jede Sakralisierung der europäischen Einigung ist den Briten fremd. Die ideologische Überhöhung, die wir in Deutschland dem Integrationsprozess oft angedeihen lassen, behält man sich in England für die eigene Nation vor.

Gefühlsmäßig ist die Nordsee, die Deutschland von England gerade im Hinblick auf die Europavorstellungen trennt, in der Tat tief und breit. Dabei wird jedoch oft übersehen, dass es beträchtliche Übereinstimmungen gibt. Die durch deutsch-britische Kooperation ermöglichte Einigung über das jüngste EU-Budget hat gezeigt, wie gemeinsame Positionen in der Haushaltspolitik produktiv gemacht werden können. Auch bei den wirtschafts- und industriepolitischen Vorstellungen sind sich beide Länder nahe. Bei der Einstellung zum Freihandel und zum Binnenmarkt decken sich ihre Ansichten weitgehend. Im Hinblick auf das

2 David Cameron, Bloomberg-Rede am 23. Januar 2013; <https://www.gov.uk/government/speeches/eu-speech-at-bloomberg> (3. Juni 2013); für eine breitere Darstellung der folgenden Argumentation siehe Dominik Geppert: Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro, 2. Auflage, München, Berlin 2013, bes. S. 176-180.

3 Siehe etwa SZ vom 24. Januar 2013.

Grundverständnis von den Aufgaben des Staates oder der Rolle des Rechts verbindet die Deutschen mit den britischen Vorstellungen oft mehr als mit den französischen.

Viele Vorschläge Camerons harmonisieren daher bei Lichte betrachtet durchaus mit deutschen Ideen über die Zukunft der EU. Auch hierzulande verdichtet sich der Eindruck, dass die europäische Einigung nur dann eine Zukunft hat, wenn der Europäische Gerichtshof, das Parlament und die Kommission das Subsidiaritätsgebot ernster nehmen als bisher und die Verlagerung von Aufgaben nicht als eine Einbahnstraße von den nationalen Hauptstädten nach Brüssel betrachten. Erst vor wenigen Wochen hat der frühere Bundesverfassungsrichter Dieter Grimm noch einmal daran erinnert, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen einer regen Demokratie in Europa schwach entwickelt seien oder ganz fehlten. Seine Schlussfolgerung lautet, „dass die EU bis auf weiteres auf die Legitimationszufuhr von den Mitgliedstaaten angewiesen ist, in denen die Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie, wenn auch oft fern vom Ideal, doch erheblich größer“ seien als in der EU.⁴

Ralf Fücks, einer der Vor- und Querdenker der Grünen, hat ebenfalls Überlegungen zur Zukunft der EU veröffentlicht, die erstaunliche Berührungspunkte mit Camerons Ideen aufweisen. Unter

der Überschrift „Jeder, mit wem er will“ warb er dafür, sich das künftige Europa nicht länger als ein von einem Zentrum aus regiertes Gebilde vorzustellen, sondern „als ein flexibles Netzwerk europäischer Staaten mit gemeinschaftlichen Institutionen, in denen sie ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln“.⁵ Auf absehbare Zeit würden die nationalen Regierungen und Parlamente maßgebliche Akteure im europäischen Konzert bleiben. Vergemeinschaftung solle als „horizontale Integration, nicht als Zentralisierung europäischer Politik“ stattfinden. Die EU sei kein Empire, das von einem Zentrum aus regiert werde. Sie brauche gemeinsame Ziele und Regeln, ohne die Eigenverantwortung der Staaten zu suspendieren. Politikversagen in den Mitgliedstaaten könne nicht durch „mehr Europa“ kompensiert werden. Die Zukunft der europäischen Demokratie, so Fücks, entscheide sich vor allem in den einzelnen Staaten.

Eine derartige flexible und dezentrale Ordnung Europas hätte für Deutschland einen zusätzlichen Vorteil: Größe und Wirtschaftskraft unseres Landes wären in einem weiteren und lockeren Verbund, der auch Großbritannien, Schweden, Dänemark, Polen und die anderen ostmitteleuropäischen Staaten gleichberechtigt einschließt, leichter auszutarieren und für alle Beteiligten erträglicher zu gestalten als in einem wirtschaftlich und fiskalisch festgezurrt, engeren Euroraum mit süd-

4 Dieter Grimm: Die Stärke der EU liegt in einer klugen Begrenzung, in: FAZ vom 10. August 2014.

5 Ralf Fücks: Jeder, mit wem er will, in: FAS 24. November 2012.

und westeuropäischer Schlagseite, in dem Deutschland einerseits übermächtig erscheint, sich aber andererseits in einer ständigen Minderheitenposition und Isolationsgefahr befindet.

Die Frage ist also nicht so sehr, ob die Briten noch in der EU gebraucht werden und ob es genug gemeinsame Interessen gibt. Fraglich ist vielmehr, ob die Politik auf allen Seiten – und besonders in Berlin, London und Brüssel – klug genug ist, die gravierenden Folgen eines weiteren britischen Abdriftens zu erkennen und praktische Schritte zu unternehmen, um dies zu verhindern.

DIE EU UND DAS PROBLEM DER RUSSISCHEN IMPERIALEN IDENTITÄT IN DER UKRAINE-KRISE

von Jerzy Maćków

Die Beziehungen der EU zur Russländischen Föderation gestalteten sich von Anfang an schwierig. Die Ausarbeitung und Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperations-Abkommens (PKA) zwischen beiden Akteuren dauerte bis 1994 und es trat erst 1997 in Kraft. Entgegen der ursprünglichen Absicht ist das PKA Ende des Jahres 2007 ausgelaufen, ohne dass ein neues unterzeichnet werden konnte. So verlängert sich seither das bisherige Abkommen automatisch um jeweils zwölf Monate, weil keine Vertragspartei es zu kündigen beabsichtigt. Zwar wurde im Mai 2003 auf dem 11. EU-Russland-Gipfel in Sankt Petersburg eine Schaffung von vier „gemeinsamen Räumen“ (common spaces) als das Ziel der Beziehungen gesetzt: einem Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht, einem für äußere Sicherheit, einem für Forschung, Bildung und Kultur und einem Wirtschaftsraum. Doch auch daraus ist kaum etwas geworden.

Trotz dieser andauernden Schwierigkeiten hat der Konflikt zwischen der Europäischen Union und Russland, der im Zusammenhang der gegenwärtigen Ukraine-Krise ausgebrochen ist, die Eliten in den westlichen EU-Ländern völlig



Prof. Dr. Jerzy Maćków

ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Regensburg.

unvorbereitet getroffen. Entsprechend zögerlich und geistesschwach reagierten sie auf die russische Aggression gegen die Ukraine, indem sie sich von Lobbyisten einzelner, mit Russland im großen Stil kooperierender Wirtschaftsunternehmen beeinflussen ließen. Erst der gewaltsame Tod von ca. 200 EU-Bürgern durch den von Russland verantworteten Abschuss des Malaysia-Airlines-Flugzeugs am 17. Juli 2014 hat eine Wende herbeigeführt. Konfrontiert mit der Empörung ihrer eigenen Bürger über den Tod unschuldiger Menschen, verhängte die EU endlich Sanktionen gegen Russland.

Im kriegerischen Staatsterrorismus, den Wladimir Putin in die Ukraine exportiert, wird ein Dauerkonflikt sichtbar, der – meistens latent – seit Jahrhunderten zwischen Russland und dem europäischen Westen ausgetragen wird. Diese zwei sehr unterschiedlichen Kulturwelten ringen um politischen Einfluss in Europa. Wie im XVII. Jahrhundert, als der Großteil des Territoriums des gegenwärtigen ukrainischen Staates zwischen Polen und Russland geteilt wurde, verläuft auch heute die „Frontlinie“ dieses Kampfes quer durch die Ukraine (und Belarus). Die westliche Ignoranz über diese grundlegenden historischen Zusammenhänge trägt wesentlich zu Fehleinschätzungen bei.

Nur Eingeweihte deuteten deshalb das tiefe Misstrauen richtig, mit dem der Kreml auf die ukrainischen Bemühungen um ein Assoziationsabkommen mit der EU reagierte. Im Jahre 2013 lockte Putin die Ukraine mit den vermeintlichen Vorteilen des Beitritts zu seinem wohl wichtigsten politischen Projekt einer russisch geführten „Zollunion“. Um den Druck auf den westlichen Nachbar zu erhöhen, setzte er zuweilen Wirtschaftssanktionen ein. Nachdem sich Ende November 2013 eine ukrainische Volksbewegung für die EU-Integration – der „Euromajdan“ – entwickelte, stützte der russische Autokrat deren Gegner massiv, besetzte völkerrechtswidrig die ukrainische Halbinsel Krim, destabilisierte den ukrainischen Staat mit Terrorismus-Export und leitete so einen „seltsamen“ Krieg gegen die Ukraine ein.

Greift ein ausgesprochen schwacher russischer Staat sein vermeintliches „Brudervolk“ an, weil sein Anführer die Lage falsch eingeschätzt hat? Nein. Vielmehr handelt es sich bei diesem Angriff um die späte Reaktion des Kremls auf die vor einem Vierteljahrhundert von der Sowjetunion erlittene Niederlage im besagten Konflikt der Kulturwelten. Anders gesagt: Das von jeher imperiale Russland bekräftigt nun seine Kontinuität mit der totalitär-imperialen Sowjetunion.

*„Die Zukunft Russlands
kommt aus Vergangenheit.“*

(Wladimir Pastuchow)

Im Westen wurde der Zerfall der Sowjetunion 1989-1991 meistens positiv aufgenommen. Er gab hier sogar Anlass zu naiven Spekulationen über das „Ende der Geschichte“ und die „atlantische Zukunft Russland“. Keiner hörte im Jahre 1992 auf einen klugen russischen Analytiker, Wladimir Pastuchow, der das westliche Wunschdenken mit der Aussage zu zähmen trachtete: „Die Zukunft Russlands kommt aus Vergangenheit“. Sein Land, schrieb er, werde sich nicht durch Offenheit im Inneren sowie Handel und Kooperation mit der Außenwelt spontan in die westlich-liberale Richtung entwickeln, sondern doch noch zu seinem historisch vorbestimmten Imperialismus zurück finden.

Die Wirklichkeit hat ihm sehr schnell Recht gegeben. Im gleichen Jahr 1992

erhob der erste Präsident des damals am Boden liegenden russischen Staates, Boris Jelzin, die von seinem Außenminister Andrej Kozyrew formulierte Idee des „nahen Auslands“, gemäß welcher die unabhängig gewordenen peripheren Republiken der ehemaligen Sowjetunion die „natürliche“ politische Einflussosphäre Russlands darstellten, zur außenpolitischen Doktrin der Russländischen Föderation. Selbst für die Unterzeichnung des Freundschafts- und Nachbarschaftsvertrags mit dem nun unabhängig gewordenen Land seines wichtigsten „slawischen Brudervolks“ – der Ukraine – brauchte der Kreml mehrere Jahre harter Verhandlungen (bis 1997).

„Der russische Neoimperialismus im Kaukasus und im „New Eastern Europe“ ist ebenso wirklich wie die russische Unterstützung des amerikanischen war on terror real war.“

Ungeachtet dessen tat Westeuropa meistens so, als wäre Russland bloß eine „defekte Demokratie“. Neben der erwähnten Ignoranz und der Gier, die auf große Geschäfte im neuen russischen „politischen Kapitalismus“ hoffen ließ, wurde die westeuropäische Sichtweise zusätzlich noch durch die Tatsache getrübt, dass Russland mit

„Anders als Russland ist die EU nicht dem imperialen Prinzip, sondern dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verpflichtet.“

den USA und internationalen Organisationen zuweilen eng zusammenarbeitete. Dies gilt selbst unter Putin. Der russische Neoimperialismus im Kaukasus und im „New Eastern Europe“ (unter diesem Begriff werden Belarus, Ukraine, und Moldowa subsumiert) ist ebenso wirklich wie die russische Unterstützung des amerikanischen war on terror real war.

Anders als Russland ist die EU nicht dem imperialen Prinzip, sondern dem Selbstbestimmungsrecht der Völker verpflichtet. Das stört den Kreml nicht besonders, weil er in der Europäischen Union keineswegs grundlos einen schwachen Spieler sieht, der wegen der in ihr vorherrschenden Nationalismen leicht zu manipulieren ist. In der Tat zeigt die EU nur dann ihre tatsächliche Stärke, wenn in ihrer Ostpolitik die nationalen Egoismen nicht Oberhand neh-

men. Auch in der gegenwärtigen Krise hat Russland die besonders in Deutschland und Italien starke Indifferenz gegenüber der russischen Aggression mehrfach erfolgreich ausgespielt.

Die wichtigste Lehre aus der Ukraine-Krise ist, dass die EU eine außenpolitische Handlungsfähigkeit braucht, damit sie politisch agieren und nicht bloß reagieren kann. Diese Handlungs-

*„Die Zeit des
Wunschdenkens ist vorbei.“*

fähigkeit steht aber nur einer staatlich-föderalen Struktur zu. Um einen föderalen europäischen Souverän aufzubauen, müsste man das politische System der EU demokratisieren. Diesem Ziel stehen jedoch besonders jene EU-Länder skeptisch gegenüber, die ohne demokratische Legitimation die Führung der Union beanspruchen. Solange es so bleibt, so lange gilt die Maxime: Jeder EU-Staat, der nicht unmissverständlich für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine einsteht, trägt zum Erfolg des von einer Welle des imperialen Chauvinismus getragenen russischen Autokraten bei.

Die Zeit des Wunschdenkens ist vorbei. Denn für eine Demokratisierung Russlands und somit eine qualitative Verbesserung dessen Beziehungen zur EU könnten sich bestenfalls erst nach Putin Chancen ergeben.

DIE EU VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN: WIE HANDLUNGSFÄHIG IST SIE HEUTE?

von Hans-Dieter Heumann

Die Europäische Union (EU) steht in der Tat vor neuen außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen: In ihrer östlichen und südlichen Nachbarschaft werden Kriege geführt. In der multipolaren Welt steht die EU vor der Aufgabe, ihr Verhältnis zu den wichtigsten Partnern für die Zukunft zu gestalten: Zu China, dessen Aufstieg in Asien strategische Fragen aufwirft und zu den USA, mit denen die EU die Regeln der Globalisierung bestimmen will.

In der Finanzkrise hat die EU bereits bewiesen, dass sie handlungsfähig ist. Die Finanzmärkte haben sich beruhigt. Die Volkswirtschaften der Eurozone wachsen wieder. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit steigen, auch wenn die sozialen Probleme in den südlichen Mitgliedsstaaten groß sind. Vor allem aber haben die Regierungen im Zuge ihres Krisenmanagements neue Instrumente der europäischen Integration geschaffen, teilweise jenseits der Europäischen Union. Es wurde in der öffentlichen Diskussion über die sogenannte Eurokrise gar nicht richtig wahrgenommen, dass es bereits zu „mehr Europa“ (Bundeskanzlerin Merkel) gekommen ist. Instrumente wie das „Europäische Semester“, der „Six-Pack“, der Fiskal-



Botschafter

Dr. Hans-Dieter Heumann

ist Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin.

pakt, der „Euro-Plus Pakt“, der „Two Pack“, der Europäische Stabilitätsmechanismus und schließlich die Bankenunion bedeuten teilweise den Verzicht auf nationale Souveränität. Die Handlungsfähigkeit der EU besteht im Primat der Politik. Die Finanzmärkte reagieren nicht nur auf wirtschaftliche Daten. Sie bewerten die Fähigkeit der EU, Entscheidungen gemeinsam und politisch durchzusetzen.

Welche Lehren können hieraus für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU gezogen werden? Wie handlungsfähig ist die EU angesichts der genannten Herausforderungen in ihrer Nachbarschaft und in der multipolaren Welt?

Im Verhältnis zu Russland steht Europa vor einer Art „Stunde der Wahrheit“: Die Vorgänge in der Ukraine haben offenbart, dass die EU und Russland in einem geopolitischen Wettbewerb stehen. Während Präsident Putin dies von Anfang an so verstanden hatte, war die EU nicht gewöhnt, machtpolitisch zu handeln. Gerade in der Ukraine aber zeigt sich, dass die EU Macht besitzt. Sie liegt in ihrer Anziehungskraft. Die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung wollte das Assoziierungsabkommen mit der EU und Teil Europas sein. Für Russland hingegen ist die Ukraine der Kern des geopolitischen Projekts Eurasische Union. Einfluss auf die Ukraine kann es nur mit Druck gewinnen. Der Wettbewerb zwischen der EU und Russland um die Ukraine wird deshalb auch etwas aussagen über die Wirkung von „soft power“ im Verhältnis zu „hard power“. Russland hat sich durch sein Vorgehen in der Krimkrise jedenfalls eher geschwächt. Es ist politisch isoliert, die Partner in der Eurasischen Union sind abgerückt. Die EU hingegen hat trotz unterschiedlicher Interessen und Abhängigkeiten ihrer Mitgliedsstaaten Entschlossenheit und Geschlossenheit bei Abstimmungen über inzwischen harte Sanktionen und damit Handlungsfähigkeit bewiesen.

Die Kriege im Irak, in Syrien und in Gaza könnten Kräfteverschiebungen im Nahen Osten bedeuten, die die „Sykes-Picot-Ordnung“, also die 1916 von Frankreich und Großbritannien gezogenen Grenzen, in Frage stellen. Hiermit

entstünde ein neues Muster der religiösen und ethnischen Gruppen, der Schiiten und Sunniten, der Kurden und anderer. Es rief gleich mehrere regionale Mächte auf den Plan: den Iran als Vormacht der Schiiten, Saudi-Arabien als Vormacht der Sunniten mit den entsprechenden Bündnissen, aber auch Israel, das nach neuen Partnern in der Region über Jordanien und Ägypten hinaus sucht, schließlich die Türkei, die sich kurdischen Einigungsbemühungen gegenüber sieht. Sollte es eine Einigung mit dem Iran in der Nuklearfrage geben, würden sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Westen und damit weitere Kräfteverschiebungen ergeben. Auf welche regionalen Mächte sollte Europa setzen? Wie ist es um deren Stabilität bestellt? Im Nahen Osten hat sich gezeigt, dass Diktaturen langfristig nicht stabil sind. Lassen sie sich durch die Europäische Union transformieren in Demokratien und Rechtsstaaten? Es sieht im Augenblick nicht so aus, als könnte die Europäische Union ihre Erfahrungen in der östlichen Nachbarschaft auf die südliche einfach übertragen. Der Einfluss Europas hängt auch von der Zukunft des politischen Islam in der Region ab. Das europäische Modell kommt hier womöglich an seine Grenzen.

Wie handlungsfähig ist die EU in Asien? Die Europäische Union wickelt fast ein Drittel ihres Handels mit Asien ab und ist wichtigster Handelspartner Chinas. In dieser Situation werden offene Handelswege in der Chinesischen

See, die Stabilität der Region, also die friedliche Lösung der Konflikte, zu strategischen Interessen Europas. Andere gemeinsame Interessen sind maritime Sicherheit, Energiesicherheit, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Bekämpfung des Terrorismus und Cybersicherheit. Die Europäische Union hat auch ein Interesse daran, dass Chinas Aufstieg friedlich ist. Sie kann im Unterschied zu den USA aber keine Gegenmacht sein. Die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit, vor allem der Gemeinschaft Südostasiatischer Staaten (ASEAN), ist in diesem Zusammenhang auch Sicherheitspolitik. Die EU ist längst nicht mehr nur wirtschaftlicher Akteur in Asien. Handel ist ein Mittel des Einflusses. Dieser ist umso wirksamer, je weniger er von Machtpolitik und einer geopolitischen Agenda geprägt ist. Die „Richtlinien zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU in Ostasien“ (European External Action Service 2012) sind der Versuch, europäische Erfahrungen der Konfliktlösung, des Multilateralismus, der Vertrauensbildung, der regionalen Zusammenarbeit und der Normenbildung für die Region nutzbar zu machen.

Worin besteht schließlich die Handlungsfähigkeit Europas gegenüber den USA? Spätestens seit dem Ende des Kalten Kriegs erwarten die USA, dass Europa die Lasten mit ihnen teilt. „Burden-sharing“ liegt im europäischen Interesse. Es ist der geeignete Weg, um eine Rolle in der internationalen Politik zu spielen, um ein Pol in der multipo-



„In den Worten der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 ist die EU ‚zwangsläufig ein globaler Akteur‘.“

laren Welt zu sein. Europa und die USA teilen das Interesse daran, bei der Gestaltung der Globalisierung westliche Standards durchzusetzen. Darum geht es bei den Verhandlungen über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP). Europa verfolgt hierbei auch das eigene Interesse, genuine spezifisch europäische Werte bei der Definition der westlichen Standards einzubringen. Es hat sich im aktuellen Streit zwischen Europäern und Amerikanern über Freiheit und Sicherheit im Internet gezeigt, dass diese Werte nicht immer deckungsgleich sind.

In den Worten der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003 ist die EU „zwangsläufig ein globaler Akteur“. Sie ist dies nicht nur als größte Handelsmacht mit der zweitwichtigsten Währung in der Welt. Ihre zahlreichen zivilen und militärischen Missionen auf

drei Kontinenten zeigen eine einzigartige Verbindung wirtschaftlicher, politischer und militärischer Instrumente. In diesem „Comprehensive Approach“ liegt der Mehrwert der EU. Angesichts der Kräfteverschiebungen in der multipolaren Welt ist die EU zur Handlungsfähigkeit „verdammt“.

DRAGHI – EUROPAS WAHRER HERRSCHER

von Florian Hartleb

Momentan scheinen die Debatten um die Krisenanfälligkeit der EU an Intensität abgenommen zu haben. Zwar sorgten euroskeptische Kräfte bei der Europawahl vereinzelt für Furore, doch sind sie weit davon entfernt, geballten Einfluss auszuüben. Zu zersplittert und oppositionell sind die Kräfte, die innerhalb der Europäischen Kommission, aber auch im Europäischen Parlament selbst kaum eine Kursänderung herbeiführen können. Ohnehin konnte die Realität nicht schritthalten mit den Beteuerungen vor allem der sozialdemokratischen bzw. christdemokratisch-konservativen Politiker, die Europawahl zu einer grundlegenden Richtungsentscheidung über Transferleistungen, Eurobonds, Austerität und Wachstumseffekte zu machen.

Fest steht: Die Kapitalmärkte haben sich trotz nach wie vor schwächelnder Konjunktur beruhigt, Irland und Portugal sind nicht mehr auf Hilfsprogramme angewiesen. Doch ist der Schein (nicht) trügerisch?

Wer die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in den letzten Jahren betrachtet, kann unschwer erkennen, wie sich – unter Ausschluss einer breiten Öff-



Dr. Florian Hartleb

ist Research associate des Brüsseler Think Tank Wilfried Martens Centre for European Studies.

fentlichkeit – die Koordinaten im europäischen Institutionengefüge zu ihren Gunsten verschoben haben. Eigentlich obliegt es ja den Staaten der Währungsunion, Antikrisenpolitik gemeinsam zu gestalten. Haftungs- und Verteilungsrisiken sind nun aber so groß geworden, dass die EZB eingeschritten ist. Böse mediale Zungen sehen die Zentralbanken gar als die Bismarcks oder Napoleons von heute. Die EZB steht im Mittelpunkt des europäischen Systems der Zentralbanken, in dem die EZB und die nationalen Zentralbanken aller EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Ohne Zweifel ist das Schicksal des Euro mit dem der EZB untrennbar verknüpft.

Bröseln die Eurozone auf, wäre auch die EZB in ihrer bisherigen Form nicht mehr vorstellbar. Vor diesem Hintergrund sind die zahlreichen Initiativen zu verstehen, welche die EZB betrieben hat. Mit Beginn des Eurorettungsschirms im Mai 2010 leitete die EZB eine Politik der indirekten Staatsfinanzierung ein. Sie kaufte Staatsanleihen von den Krisenländern indirekt, d.h. nicht von den jeweiligen Regierungen, vielmehr von den am Kapitalmarkt tätigen Investoren.

Mario Draghi, Chef der EZB seit 1. November 2011, versprach dann noch im Sommer 2012 unlimitierte Staatsleihenaukäufe, im Falle stärkerer Erosionen am Markt. Monate zuvor war noch von Obergrenzen die Rede. Diese absolut(istisch)e Bestandsgarantie für die Eurowährungszone – je nach Sichtweise mutig oder riskant, jedenfalls fundamental – sorgt auf der einen Seite für Sicherheit, auf der anderen Seite nicht unbedingt für Dynamik und Wachstum. Auch stellt sich die Frage, ob damit nicht der Wettbewerbsgedanke eines Europas, das auf marktwirtschaftlichen Fußpfählern steht, konterkariert wird. Die Bemühungen der Mitgliedstaaten, die öffentlichen Haushalte zu disziplinieren, sind gelinde gesagt ausbaufähig – vielleicht auch, weil die „Notreserve“ EZB bereit steht. Im Nachgang ging die EZB sogar noch einen Schritt weiter. Im Juli 2013 hieß das Versprechen, das Zinsniveau mittel- und langfristig auf niedrigem Niveau zu halten. Ob sich dieser Pfad auch bei Wirtschafts- und

Konjunkturaufschwung halten lässt? Generell stellt sich die Frage, wer sich im europäischen Rahmen denn eigentlich um Wachstum und Beschäftigung

„Die Entscheidungen der EZB werden von ihr selbst getroffen, ohne größere Abstimmung mit dem Finanzministerkomitee Ecofin.“

kümmert? Haben Rat, Kommission und Parlament das Zepter nicht schon längst an eine politisierte Zentralbank übergeben, deren Aufgabenkanon von Schuldentilgung bis zur Schaffung von Jobs reicht? Anders gefragt: Besteht die Unabhängigkeit der EZB, im Regelwerk der europäischen Verträge schön nachzulesen, nur noch auf dem Papier? Die Entscheidungen der EZB werden von ihr selbst getroffen, ohne größere Abstimmung mit dem Finanzministerkomitee Ecofin.

Mario Draghi, ehemaliger Goldman-Sachs-Investmentbanker und Präsident der italienischen Nationalbank, setzt sich aktuell auch über den deutschen Kurs hinweg, wenn er stärker das Wachstum als Haushaltskonsolidierung in den Vordergrund rückt und damit das Ende der gerade von Angela Merkel forcierten Austeritätspolitik einleitet. Wie mächtig er seine Rolle derzeit ausfüllt, zeigt seine Ankündigung eines öffentlichen Investitionsprogramms

auf EU-Ebene. Hier könnte der geneigte Beobachter mit dem gemeinsamen Ziel argumentieren, das lautet: Investiert und schafft Arbeitsplätze, etwa im IT-Bereich, wo Europa bis auf wenige Ausnahmen im globalen Kontext hinterherhinkt.

Erst in einigen Jahren lässt sich absehen, ob die Politik der EZB richtig war. Ihre Geldmenge wurde massiv ausgeweitet, was Kritiker vor steigender Inflation warnen ließ. Dieser Effekt ist aber ausgeblieben, im Gegenteil. In diesem Sommer wurde sogar bekannt, dass nach Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat die Inflation in den bislang 18 Ländern des Euroraums so niedrig ist wie seit fünf Jahren nicht mehr. Falls sich das Vertrauen wieder einstellt, würde die Nachfrage nach Zentralbankgeld ohnehin wieder abnehmen.

„Frankreich und Italien schwächeln schon lange, nun stottert der Wirtschaftsmotor Deutschland.“

Ob sich allgemeiner Wohlstand aber wirklich durch die de facto-Umverteilung von den Sparern hin zu den Krisenstaaten, Unternehmen und vor allem Banken einstellen lässt? Nicht nur die Inflation, sondern auch das Wachstum bleiben verhalten. Frankreich und Italien schwächeln schon lange, nun stot-

„Schon jetzt ist klar, dass sich das Europa von morgen keine Risikoaversion leisten kann.“

tert der Wirtschaftsmotor Deutschland. Gründe waren ein schwächelnder Außenhandel sowie ein Rückgang der Investitionen. Zweifel bleiben daher, die allein und in erster Linie die EZB ausräumen kann. Sie selbst lässt verlautbaren, dass sich die Konjunktur im Euroraum zwar langsam erholt, die Wirtschaft in manchen Ländern jedoch weiterhin kriselt. Dadurch, dass sie mehr und mehr zum politischen Akteur geworden ist, muss sie mit verstärktem Gegenwind rechnen. Falsch wäre es aber, ihr statt Geld- eine Klientelpolitik zu attestieren. Allein der Erfolg, nicht in Wählerstimmen messbar, würde ihr Recht geben. Dann würde sich im Nachhinein eine Outputlegitimation einstellen und als waghalsige, aber richtige Mutpolitik mit Vorbildcharakter in die Geschichtsbücher eingehen. Schon jetzt ist klar, dass sich das Europa von morgen keine Risikoaversion leisten kann. Projekte wie

der weitere Ausbau des Binnenmarkts und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes stehen vor der Tür. Zudem ist Europa, außenpolitisch eher ein Lilliput, indirekt in zahlreiche Krisen- und Brandherde verstrickt, insbesondere im Ukraine-Russland-Konflikt und im Nahen Osten. Nicht umsonst hat unlängst Europas wahrer Herrscher, Mario Draghi, vor den neuen geopolitischen Gefahren gewarnt. Auch deren Folgen lassen sich momentan nur schwer abschätzen.

DISKUSSIONSRUNDE ZUM THEMA „GENERALISTEN – SPEZIALISTEN FÜR ALLES?“

21. Januar 2014

Am 21. Januar lud die Bonner Akademie zu einer Diskussionsrunde ein, die sich dem persönlichen Kompetenzprofil von Führungs- und Nachwuchskräften in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft widmete. Vor etwa 160 Zuhörern erörterten **Dr. Werner Müller**, Vorsitzender der RAG-Stiftung sowie Bundesminister a.D., **Peter Müller**,

Bundesverfassungsrichter sowie Ministerpräsident a.D., **Michael Schmidt**, Vorstandsvorsitzender der BP Europe SE, und **Prof. Dr. Tilman Mayer**, Universität Bonn, das Für und Wider des Führungspersönlichkeitstypus „Generalist“. **Dr. Alexander Kissler**, Ressortleiter Salon beim Politmagazin Cicero, moderierte die lebhafte Diskussion.



PODIUMSDISKUSSION „GROßPROJEKTE IN POLITIK UND WIRTSCHAFT - WIE WIRD AUS ‚GUT GEMEINT‘ AUCH ‚GUT GEMACHT‘?“

17. Februar 2014



Blick in die erste Reihe



Roland Koch

Mit Hauptredner **Roland Koch**, Ministerpräsident a.D. und damaliger Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE, diskutierten am 17. Februar in der Bonner Akademie **Reiner Priggen**, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag, und **Gabor Steingart**, Herausgeber des Handelsblatts, über die wesentlichen Unterschiede bei der Planung und Umsetzung von Großprojekten in der Politik auf der einen und in der Wirtschaft auf der anderen Seite. Der bisherige Chefredakteur des Bonner Generalanzeigers, **Andreas Tyrock**, moderierte die Diskussion.



Reiner Priggen



Gabor Steingart

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „MEHR DEMOKRATIE FÜR EUROPA? DIE EU ZWISCHEN BÜROKRATISIERUNG UND BÜRGERNÄHE“

18. März 2014

In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg lud die Bonner Akademie zu einer Veranstaltung über das Verhältnis von EU und ihren Bürgern in den Posttower der Deutschen Post/DHL ein. Vortragender war **Christian Lindner MdL**, Bundesvorsitzender der FDP und Fraktionsvorsitzender der FDP NRW. Lindner verwies in seiner Rede auf die Bedeutung von Bürgernähe und die Gefahrenpotentiale eines allzu bürokratischen EU-Apparates. An der anschließenden Diskussion nahmen unter der Moderation von **Michael Krons**, leitender Redakteur bei

Phoenix, **Christian Lindner**, **Prof. Dr. Frank Decker**, Universität Bonn, und **Prof. Dr. Klaus Gretschmann**, Generaldirektor im Ministerrat der EU i.e.R., teil.



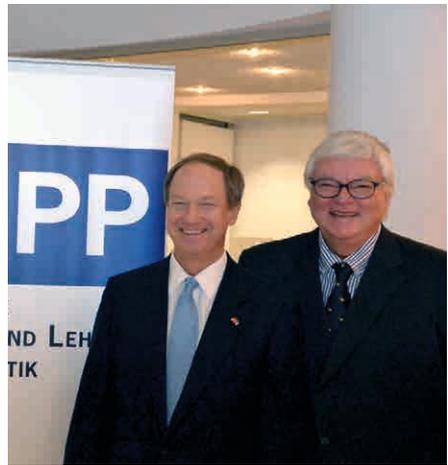
Christian Lindner



US-BOTSCHAFTER JOHN B. EMERSON ZU GAST IN DER BONNER AKADEMIE

25. März 2014

Die Bonner Akademie und das US-Generalkonsulat Düsseldorf begrüßten am 25. März 2014 den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland, seine Exzellenz **John B. Emerson**, im Bonner Universitätsforum. Meinungsführer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft tauschten sich bei einem Abendessen über aktuelle Themen des transatlantischen Verhältnisses aus. Die Veranstaltung fand im Rahmen der Gesprächsreihe „Across the Atlantic: Aktuelle Themen im transatlantischen Verhältnis“ statt.



John B. Emerson und Bodo Hombach



Der US-Botschafter mit weiteren geladenen Gästen

VERANSTALTUNGEN

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG „DIMENSIONEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION – ZWISCHEN SEPARATISMUS, POPULISMUS UND REGIONALISMUS“

21. Mai 2014

Die voranschreitende Erweiterung der EU, die Vertiefung der Integration, aber auch immer wieder aufflammende Souveränitätsbestrebungen einzelner Regionen wie Schottland oder Katalonien fordern die Europäische Union stets aufs Neue heraus. Welche Gefahren – etwa des Separatismus oder des Populismus – der EU daraus erwachsen und welche Antworten sie darauf finden kann, war Thema der Podiumsdiskussion der Bonner Akademie

in Kooperation mit dem Finnland-Institut. Nach einer Einführung durch **Bodo Hombach**, Präsident der Bonner Akademie, diskutierten **Kurt Beck**, Ministerpräsident a.D. des Landes Rheinland-Pfalz, **Jordi Pujol**, ehemaliger katalanischer Ministerpräsident, und der finnische Sozialwissenschaftler **Dr. Vesa Vares** vor rund 150 Zuhörern unter der Moderation der Journalistin **Dr. Hildegard Stausberg**.

*Jordi Pujol (Mitte) im Gespräch
mit Dr. Hildegard Stausberg (rechts)*



Kurt Beck

ZWEITES DEUTSCH-CHINESISCHES AKADEMISCHES FORUM

11. und 12. Juni 2014

Nach der Auftaktveranstaltung in China im vergangenen Jahr, begrüßte diesmal die Bonner Akademie eine Delegation chinesischer Wissenschaftler in Bonn. Der in enger Kooperation mit der Chinese Academy of Social Science (CASS) zum zweiten Mal stattfindende Austausch erfolgte unter dem Titel „Staat – Gesellschaft – Markt“. Für einen intensiven Austausch kamen namhafte Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen, unter ihnen beispielsweise **Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann**, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, **Rudolf Scharping**, Bundesminister a.D. sowie Ministerpräsident a.D., **Dr. Jürgen Rüttgers**, Bundesminister a.D. und Ministerpräsident a.D., oder **Thomas Krüger**, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.



Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann



Rudolph Scharping



Dr. Jürgen Rüttgers



Thomas Krüger

„STRATEGISCHE FRAGEN DER GLOBALISIERUNG: DIE HANDLUNGSFÄHIGKEIT EUROPAS UND DEUTSCHLANDS“

Die Bonner Akademie hat ihre Aktivitäten im Bereich Internationale Beziehungen in einem eigenen Forschungsbereich zusammengeführt. Die bislang bestehenden Tätigkeitsbereiche – das Deutsch-Chinesische Akademische Forum, das Transatlantische Forum und die Forschungsarbeit zur Europäischen Integration – wurden gebündelt und noch weiter vertieft. Gleichzeitig mit der Bündelung setzte die Akademie in diesem Forschungsbereich einen neuen thematischen Schwerpunkt: **„Strategische Fragen der Globalisierung: Die Handlungsfähigkeit Europas und Deutschlands“**. Mit **Botschafter Dr. Hans-Dieter Heumann**, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, wird dieser Forschungsbereich von einem erfahrenen und international anerkannten Experten für Außen- und Sicherheitspolitik geleitet.

Weitere Informationen zu den Forschungsbereichen finden Sie auf unserer Homepage unter: www.bapp-bonn.de/forschung





Finden Sie uns auf Facebook!
www.facebook.com/bapp.bonn

